

Perspektiven Integration

ZUM THEMA

Sozialstaat

Herausforderungen in Zeiten
steigender Mobilität

IM GESPRÄCH MIT KÖKSAL BALTACI

Wolfgang Mazal

Gottfried Haber

Barbara Kolm

Martin Rhonheimer

Franz Schellhorn

Demetrios G. Papademetriou

Inhalt

VORWORT

Franz Wolf 05

IM GESPRÄCH

Wolfgang Mazal 06

Gottfried Haber 12

Barbara Kolm 18

Martin Rhonheimer 22

Franz Schellhorn 32

Demetrios G. Papademetriou 38



Franz Wolf

Direktor

Vorwort

Das österreichische Gesellschaftsmodell beruht auch darauf, dass jeder nach seiner Möglichkeit leisten soll, was er leisten kann, und jene, die weniger oder kaum leistungsfähig sind, in einem Sozialstaat durch Umverteilung unterstützt werden. Dieses Modell spannt ein zartes Band einer stillen Solidarität der Leistungsstärkeren mit schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft. Dieses Band hält nur, wenn der Einzelne sich einsetzt und damit nicht nur einen Beitrag für sich selbst, sondern auch für die Gemeinschaft erbringt.

Der Sozialstaat beruht auch auf einem Bekenntnis zum Prinzip einer Gemeinschaft, zu der man sich verbunden fühlt und für welche man auch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Das Bewusstsein für die Verantwortung für eine Gesellschaft mit dem Blick auf das nächste Jahr, das nächste Jahrzehnt oder gar die nächste Generation verbindet sich wohl auch mit dem wiederauferstandenen Begriff der Heimat. Heimat ist dort, wo man Verantwortung übernimmt und ans Morgen denkt.

Migration muss mit dem Sozialstaat nicht unbedingt in Widerspruch stehen, ist für ihn aber zweifelsohne eine bedeutende Herausforderung. Wenn dieses Gesellschaftsmodell auch in Zeiten bedeutender Migrationsbewegungen weiter funktionieren soll, braucht es Identifikation und Verbundenheit von Zuwanderern zu Österreich, zu

dem Land, in dem sie leben und ihnen diese neue Heimat geboten wird. Österreich bietet viele Chancen und hohe Lebensqualität: einen guten Arbeitsmarkt, ein funktionierendes Gesundheits- und Bildungssystem, Sicherheit, Infrastruktur und einen Wohlfahrtsstaat, der Menschen in schwierigen Lagen unterstützt. Ein leichtsinniger Umgang mit der Errungenschaft des Sozialstaats gefährdet die Bereitschaft von Leistungsträgern zur Umverteilung und damit den Zusammenhalt. Welche Herausforderung Migration gegenwärtig für den Sozialstaat darstellt, zeigt sich insbesondere in der Bundeshauptstadt Wien: Hier werden für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung 2017 Ausgaben von fast 700 Millionen Euro nötig sein. Die nötigen Budgetmittel für die Mindestsicherung steigen damit gegenüber dem Vorjahr weiter deutlich an. Von den beinahe 200.000 Mindestsicherungsbeziehern in Wien sind nur etwas mehr als die Hälfte österreichische Staatsbürger, mehr als ein Fünftel sind Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte. Die Integration in den Arbeitsmarkt stellt dabei eine massive Herausforderung dar: Neben verfügbaren Arbeitsplätzen braucht es hier vor allem auch die Anstrengungen jedes Einzelnen, für seine Selbsterhaltungsfähigkeit zu sorgen.

Wie viel und welche Art der Zuwanderung kann der Sozialstaat bewältigen und kann noch zu gelingender Integration führen? Wie kann auch weiterhin ein friedliches, solidarisches Zusammenleben – unter Berücksichtigung der Freiheit des Einzelnen – gewahrt werden? Die vorliegende Ausgabe der Perspektiven Integration beschäftigt sich mit den Herausforderungen, die der Sozialstaat in Zeiten von starker Zuwanderung und erhöhter Mobilität bewältigen muss.

Wolfgang Mazal



Wolfgang Mazal hält die europäischen Konzepte der sozialen Sicherheit für große Errungenschaften, die zur Sicherung der Demokratie beitragen. Um die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats und das Gefühl für Solidarität in der Gesellschaft nicht zu gefährden, müssen die Bereiche der sozialen Sicherung seiner Meinung nach aber immer wieder an die massiven Veränderungen, die sich durch Migration und Globalisierung sowie durch demografische und technische Entwicklungen ergeben, angepasst werden.

Ist der Wohlfahrtsstaat, wie er etwa in Österreich, Deutschland und Skandinavien seit Jahrzehnten etabliert ist, noch zeitgemäß, leistbar und auf Dauer aufrechtzuerhalten?

Ich halte die Konzepte der sozialen Sicherheit, wie sie in Europa entwickelt wurden, für wirklich große Errungenschaften und vor allem für eine zentrale Bedingung zur Absicherung von Demokratie. Die Geschichte hat gezeigt, dass eine demokratische Regierungsform nur „Hand in Hand“ mit sozialer Wohlfahrt Bestand hat. Allerdings muss man differenzieren. Während die ursprünglichen Sozialstaatskonzepte davon ausgehen, dass es Aufgabe des Staats ist, bestimmte soziale Defizite auszugleichen, verfolgt das Wohlfahrtsstaatskonzept den umfassenden Ansatz, alle Lebenssphären unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit umzugestalten. Will man diese Unterschiede nicht bloß auf eine terminologische Differenzierung reduzieren, ist festzuhalten, dass es eine große Bandbreite der Intensität staatlicher Intervention gibt. In welche Fragen der Staat mit welchen Instrumenten eingreift, ergibt sich nicht zwingend aus dem Konzept, sondern hängt von der politischen Willensbildung ab, wie weit staatlich organisierte Wohlfahrt ausgebaut werden soll.

„Das Gefühl für die Notwendigkeit von Solidarität ist für die Einführung und Aufrechterhaltung wohlfahrtsstaatlicher Systeme unverzichtbar.“

Welche demografischen, soziologischen, psychologischen Argumente sprechen grundsätzlich für einen Wohlfahrtsstaat? Warum brauchen wir ihn?

Für staatlich organisierte Wohlfahrt sprechen nicht nur humanitäre, sondern auch ökonomische Gründe. Typischerweise gibt der Wunsch der Regierenden, soziale Spannungen und unsachlich empfundene Ungleichheiten abzubauen, den Anstoß für die Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Konzepte. Über Sach- und Geldleistungen werden aber auch die Kaufkraft breiter Bevölkerungskreise gestärkt und ökonomische Wachstumsimpulse gegeben. Dass dadurch der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt wird, liegt auf der Hand.

Was sind die Voraussetzungen dafür, dass ein Wohlfahrtsstaat funktioniert? Dass also alle damit zufrieden sind und sich niemand benachteiligt fühlt.

Unter systemischen Gesichtspunkten ist hier zu differenzieren: Zunächst erfordert die Einführung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen und Leistungen den politischen Willen und damit – in einem demokratischen System – die Bereitschaft zur Umverteilung. Die Aufrechterhaltung dieser Strukturen braucht das Bewusstsein, dass der Wohlfahrtsstaat keine Selbstverständlichkeit ist und nachhaltige Akzeptanz und Finan-

„Nur wenn die Balancen von Eigenverantwortung und Solidarität immer neu tariert werden, kann die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats nachhaltig erhalten bleiben.“

zierung benötigt. Dabei bedarf es bei jenen, die ökonomisch stärker sind, der Einsicht, dass sie im Interesse Schwächerer teilen und die damit verbundenen Einschränkungen im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Gemeinschaft tragen müssen. Das Gefühl für die Notwendigkeit von Solidarität ist für die Einführung und Aufrechterhaltung wohlfahrtsstaatlicher Systeme unverzichtbar.

Kann diese Bereitschaft zur Solidarität erhöht werden?

Ja, indem auch wohlhabendere Mitglieder der Gesellschaft erkennen, dass auch sie von Sozialleistungen profitieren und sicher sein können, dass sie auf die Solidarität der Gesellschaft zählen können, wenn sie ihrer bedürfen. Umgekehrt müssen die Elemente des Systems immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie angesichts geänderter Realitäten adaptiert werden müssen. Dabei kann sowohl ein Ausbau als auch ein Rückbau in Betracht kommen. Beides kann notwendig sein, um die Nachhaltigkeit des Systems zu gewährleisten. Nur wenn die Balancen von Eigenverantwortung und Solidarität immer neu tariert werden, kann die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats nachhaltig erhalten bleiben. Wie weit die Menschen mit dem wohlfahrtsstaatlichen Niveau zufrieden sind, ist eine Frage, die nicht nur von den Regelungen, sondern wesentlich von der persönlichen Einstellung abhängt. Denn obwohl die objektive Lage – von wenigen Ausnahmen abgesehen – meiner Einschätzung nach durchaus zufriedenstellend ist, ist es immer unschwer möglich, anhand von Einzelschicksalen Unmut und insgesamt breite gesellschaftliche Unzufriedenheit über das System zu erzeugen. Dass sich niemand benachteiligt fühlt, wird – so fürchte ich – angesichts von tief im Menschen verwurzelten Gefühlen eine Illusion bleiben.

Welche konkreten Erwartungen hat die Bevölkerung an einen Wohlfahrtsstaat? Und wie haben sich diese Erwartungen in den vergangenen Jahren verändert?

Ich kenne keine empirische aussagekräftige Untersuchung zu dieser Frage, doch kann man an der Sozialgesetzgebung und der damit verbundenen politischen Diskussion deutlich erkennen, dass der Hunger nach einem Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen noch nicht gestillt ist: Krankenversicherungsleistungen, Familienleistungen, Pflegeleistungen – und nicht zuletzt Pensionen – werden immer wieder ausgebaut, was – wiederum unter der These der Demokratie – darauf schließen lässt, dass die Bevölkerung jene politischen Positionen stützt, die den immer noch steigenden Erwartungen Vorschub leisten. Insbesondere hat es den Anschein, als würde immer dann, wenn eine Situation als sozial unbefriedigend gewertet wird, eine staatliche Intervention überlegt und nicht darüber nachgedacht, ob eine Lösung auf andere Weise möglich ist.

Kommen wir zur Migration, dem dominierenden innenpolitischen Thema der vergangenen Jahre. Welche Herausforderung stellt sie für den Wohlfahrtsstaat dar?

Ob Migration eine Herausforderung für staatliche Sozialsysteme darstellt oder nicht, hängt davon ab, welche Perspektive man wählt, weil Immigration und Emigration unterschiedliche Effekte haben. Und obendrein muss man zeitlich differenzieren. Ein negativer Wanderungssaldo kann beispielsweise für ein Sozialsystem eine Entlastung bedeuten, wenn Menschen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihr Glück in anderen Ländern finden. Als Beispiel fällt mir da das negative Wanderungssaldo von Burgenländern nach dem Ersten Weltkrieg ein. Langfristig kann dadurch aber gesellschaftliches und ökonomisches Potenzial verloren gehen. Ein positiver Wanderungssaldo – wie beispielsweise bei der Einwanderung von Juden aus Osteuropa nach Israel – führt typischerweise zu steigendem Wohnbedarf und dazu, dass Maßnahmen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie bei der Integration in den Arbeitsmarkt gesetzt werden müssen. Das Ausmaß des dafür erforderlichen Aufwands hängt davon ab, aus welchem Land und Kulturkreis die Immigranten kommen, sowie davon, wie rasch es gelingt, dass die Menschen in der Gesellschaft „ankommen“. Durch diese Effekte entsteht für Staat und Zivilgesellschaft einerseits erhöhter Finanzierungsbedarf, andererseits aber auch sozialer Druck in der Aufnahmegesellschaft, was problematisch werden kann. Konkurrenz und Ängste am Wohn- und Arbeitsmarkt sowie Stress aus der Bewältigung kultureller Differenzen können das Gefühl für die Notwendigkeit von Solidarität gefährden.

Welche historischen Erfahrungen hat man mit dem Einfluss bzw. mit den Folgen von Migration auf den Wohlfahrtsstaat gemacht?

Auf diese Frage kann es keine eindimensionale Antwort geben, weil es historisch ganz unterschiedliche Erfahrungen gibt, die Situation der Ein- und der Auswanderungsgesellschaft differenziert und außerdem eine zeitliche Perspektive berücksichtigt werden muss. In diesem Sinne hat beispielsweise die Emigration von Burgenländern nach dem Ersten Weltkrieg in die USA kurzfristig wohl zu Wohlstandsgewinnen sowohl für die Aus- als auch für die Einwanderungsgesellschaft geführt und wohl auch langfristig für die USA positive Wohlfahrtseffekte bewirkt. Ob der langfristige Effekt für das Burgenland positiv war, bezweifle ich aber, weil doch zweifellos ein dynamischer Teil der Bevölkerung ausgewandert ist und sich daher hier nicht einbringen konnte. Die Emigration jener jüdischen Bürger, die dem Holocaust entkommen konnten, bedeutete sowohl kurz- als auch langfristig für die Auswanderergesellschaften einen dramatischen, nicht nur menschlichen, sondern auch ökonomischen Verlust und damit auch einen Verlust an Wohlstandspotenzial, führte jedoch für die Aufnahmegesellschaften zu großen Gewinnen und beispielsweise

zur Etablierung des einzigen demokratischen Wohlfahrtsstaats im Nahen Osten. Die Immigration der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg oder von Ungarn nach 1956 gelten als Beispiele von kurz- und langfristigem Wohlstandsgewinn für die österreichische Aufnahmegesellschaft, wobei man ehrlicherweise mitberücksichtigen muss, dass ein erheblicher Teil der damals nach Österreich Gekommenen nicht integriert werden musste, sondern später in andere Länder emigriert ist. Diese wenigen und nur holzschnittartig unzulänglich beschriebenen Beispiele zeigen, dass eine enorme Differenzierungsnotwendigkeit besteht, und machen gleichzeitig deutlich, worin das Besondere an der derzeitigen Situation in Österreich liegt: Jedenfalls sind in Österreich seit der Etablierung eines hochentwickelten Wohlfahrtsstaats noch nie in so kurzer Zeit so viele Menschen aus so fremden kulturellen Kontexten und in so verschiedenen Lebenssituationen immigriert. Dass daraus kurzfristig enorme soziale und ökonomische Belastungen für die Ein- und Auswanderungsgesellschaften entstehen, ist evident. Ob sich in Österreich langfristig positive gesellschaftliche Potenziale realisieren lassen, wird davon abhängen, ob es gelingt, Integration so zu gestalten, dass jene, die im Druck der Emigration leben, die Solidarität erfahren können, die sie für eine gelungene Integration benötigen – ohne jene zu überfordern, die im Druck der Immigration leben und Solidarität unter Beweis stellen müssen.

Unterscheiden sich eigentlich die Erwartungen von Migranten an den Wohlfahrtsstaat von jenen der Mehrheitsbevölkerung?

Auch hier kann ich mich nicht auf fundierte Studien berufen, doch habe ich den Eindruck, dass sich die Menschen alle das Gleiche erwarten: ein möglichst hohes Wohlstandsniveau und gute sowie sichere Sozialleistungen. Auch in Bezug auf die Vorstellungen hinsichtlich der Finanzierung lassen sich wahrscheinlich wenige Unterschiede feststellen. Die Verschlungeneheit der Wege der Finanzierung der Solidarität ist auch vielen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft nicht klar. Ebenso, dass die Finanzierung der sozialen Sicherheit für alle eine hohe Abgabenlast durch Steuern und Beiträge bedeutet, und damit die individuelle Freiheit zur Lebensgestaltung reduziert wird. Ich nehme allerdings an, dass die Sozialleistungen und ihr hohes Gesamtniveau von der Mehrheit der Immigranten höher geschätzt werden als von der Mehrheitsbevölkerung, weil letztere den Wohlfahrtsstaat bereits als Selbstverständlichkeit begreift und die dahinterstehenden Leistungen jedes einzelnen möglicherweise zu wenig schätzt.

„Ein negativer Wanderungssaldo kann beispielsweise für ein Sozialsystem eine Entlastung bedeuten, wenn Menschen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihr Glück in anderen Ländern finden. Langfristig kann dadurch aber gesellschaftliches und ökonomisches Potenzial verloren gehen.“

Was halten Sie von dem Vorschlag, wonach Migranten erst dann dieselben Ansprüche wie die Mehrheitsbevölkerung auf Sozialleistungen haben, wenn sie einige Jahre in diesem Wohlfahrtsstaat gelebt und darin eingezahlt haben?

Auch hier kommt es darauf an: Innerhalb der europarechtlichen und menschenrechtlichen Gestaltungschancen kann eine längere Wartezeit für bestimmte Geldleistungen dazu beitragen, dass in der Aufnahmegesellschaft die Akzeptanz von Immigration und die Bereitschaft zur Finanzierung nicht sinken. Rechtlich unzulässig wäre es aber, im Bereich der Versorgung mit lebensnotwendigen Sachleistungen in der Wartezeit zu differenzieren.

Blicken wir in die Zukunft. In welche Richtung wird sich der Wohlfahrtsstaat in Europa entwickeln? Welche denkbaren Szenarien gibt es?

Ich bin der festen Überzeugung, dass politisch maßgebliche Gruppierungen in Europa den Wohlfahrtsstaat als solchen erhalten wollen. Gerade angesichts der langen Geschichte, während der – bildlich gesprochen – viele Köche am Brei gemischt haben, wäre es aber hoch an der Zeit, sämtliche Bereiche des Wohlfahrtsstaats daraufhin zu überprüfen, ob die Leistungen und die Wege der Leistungserbringung noch zeitgemäß und organisatorisch effizient sind. Hier sehe ich überall einen gewissen Nachholbedarf. Vor allem durch die massiven Veränderungen in der Arbeitswelt, die Alterung der Gesellschaft und die Globalisierung geraten fundamentale Strukturen unter Druck und bedarf es mittlerweile klarer Veränderungen. Ob dies gelingt, hängt vom politischen Willen der Mehrheitsbevölkerung ab, sich auf einen Wandel einzulassen. Um Wohlfahrtsstaatlichkeit als Prinzip zu erhalten, werden manche Niveaus im Detail auch zurückgenommen werden müssen. Wer nur auf „wohlerworbene Rechte“ pocht, wird der Weiterentwicklung keinen guten Dienst erweisen und die Wohlfahrtsstaatlichkeit gefährden.

Fallen Ihnen Best-Practice-Beispiele für Wohlfahrtsstaaten ein, die mit den Herausforderungen der Gegenwart oder Vergangenheit besonders gut umgehen?

Jede Gesellschaft, die bereit ist, sich auf Veränderungen in der Gesellschaft einzulassen, und neue Antworten entwickelt, ist aus meiner Sicht Best Practice. Abgesehen davon gelten skandinavische Staaten als Musterbeispiele für die Anpassungsfähigkeit. Die strukturelle Neugestaltung des Pensionssystems in Schweden oder der Gesundheitsversorgung in Dänemark und den Niederlanden gelten als vorbildlich und bleiben nicht in kleinen Schritten stecken – umgekehrt hat dort der Wohlfahrtsstaat einen so umfassenden Ansatz, dass der Raum zur Gestaltung der Welt nach individueller Vorstellung kaum mehr gegeben ist: Die Wiedergewinnung von Balancen inner-

halb der vielen Zielkonflikte, die für Wohlfahrtsstaatlichkeit von Bedeutung sind, ist das Gebot der Stunde.

Kann man eigentlich einen Staat führen wie ein Unternehmen? Also nach Möglichkeit gewinnbringend oder zumindest kostendeckend?

In der Tat gibt es Gemeinsamkeiten: Effizienz – also sparsamer Umgang mit den zur Erreichung von gewünschten Ergebnissen erforderlichen Ressourcen – ist ebenso wichtig wie die Kunst der Führung: Weder diktatorisches „Drüberfahren“ noch kraft- und inhaltsloses Moderieren sind gefragt. Vorausblickende Überlegung, kommunikative Stärke und Entscheidungsstärke braucht man sowohl im Unternehmen als auch im Staat. Was die Gewinn- und Kostenstruktur betrifft, ist klar, dass ein Staat – wie ein Unternehmen – Ausgabenüberschüsse haben darf, etwa um Investitionen anzustoßen usw. Wer jedoch ständig mehr Geld ausgibt, als er einnimmt, wird Investitionen nie rückführen können und den kommenden Generationen Gestaltungsspielräume nehmen, die sie zur Bewältigung neu aufkommender Risiken vielleicht benötigen. Dies kann die Akzeptanz des Sozialstaats gefährden. Sowohl im Staat als auch im Unternehmen braucht es schließlich Verantwortung. Und die Bereitschaft, Antworten auf jene Fragen zu geben, die sich angesichts veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse immer wieder neu stellen. Sich den Fragen zu stellen, die sich aus der demografischen und technischen Entwicklung sowie aus der Globalisierung an unser Wirtschafts- und damit auch an das Sozialsystem stellen, ist überfällig.

Ist die Sozialpartnerschaft ein Symptom von Harmoniesucht?

Sozialpartnerschaft als ein koordiniertes Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen ist nicht Selbstzweck, sondern verfolgt das Ziel, im beiderseitigen Interesse Vorteile für das Gesamtsystem zu lukrieren. Sie hat gerade in Österreich immer dann ihre Sternstunden gehabt, wenn sich die Sozialpartner dessen bewusst waren, dass sie ihre Existenz der Vorstellung verdanken, dass das Zusammenspiel von Arbeit und Kapital so organisiert werden soll, dass der Staat davon profitiert. Gefragt ist also nicht interesselitete Klientelpolitik, sondern Interessenausgleich von Arbeit und Kapital, damit der Staat profitiert. Denn gute Kompromisse erzielt man nicht dadurch, dass man im ritualisierten Kräftemessen die Mitte zwischen Extrempositionen sucht, mit dem Effekt, dass jeder nur die Hälfte seines Ziels erreicht und damit automatisch unzufrieden ist. Entscheidend ist vielmehr, dass Lösungen gefunden werden, mit denen beide Seiten zufrieden sind, weil nur in solchen Situationen gesellschaftlicher Mehrwert entstehen kann. Harmonie setzt im Übrigen nicht voraus, dass es keinen Streit gibt, sondern dass Streitpunkte so kultiviert ausgetragen werden, dass die

Parteien sich nach dem Streit wieder in die Augen schauen und gemeinsam in die Zukunft gehen können. Harmonie bedeutet für mich nicht das Fehlen von Konflikten, sondern die Fähigkeit, Auffassungsunterschiede konstruktiv austragen zu können. Harmonie ist Wohlklang in Vielfalt, nicht das Fehlen von Differenzen.

Was halten Sie von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Ich bin – jedenfalls in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation – gegen die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, weil es auf einem Menschenbild und Gesellschaftsverständnis aufbaut, das längerfristigen Effekten von Rahmenbedingungen auf das menschliche Verhalten nicht Rechnung trägt: Auch wer der Auffassung ist, dass die Menschen a priori fähig und bereit sind, sinnvoller Tätigkeit nachzugehen, wenn sie materiell abgesichert sind, kennt doch die Erfahrung, dass der Mensch der Versuchung ausgesetzt ist, Tätigkeiten zu meiden, die – über längere Zeit ausgeübt – keine Freude bereiten. Es sei denn, man hat eine Verpflichtung übernommen, sie zu verrichten. Warum treten viele jener, die bis vor wenigen Jahren für ein „Recht auf Arbeit“ eingetreten sind, nun für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein und geben damit die gesellschaftliche Verpflichtung auf, für Arbeit zu sorgen? Für wichtiger als ein bedingungsloses Grundeinkommen halte ich, die Arbeitswelt neu zu strukturieren und neue Formen von entlohnter Arbeit zu organisieren, weil ich der Auffassung bin, dass wir heute an einem zu engen Arbeitsbegriff ansetzen. Hier können uns mit ein wenig Fantasie echte Innovationen gelingen.

Wolfgang Mazal

ist einer der bedeutendsten Sozialrechtsexperten Österreichs. Seit 2015 ist er Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien sowie seit 1999 Präsident und seit 2004 Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung der Universität Wien. Er ist Mitglied des Expertenrats für Integration im BMEIA. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen arbeits-, sozial- und medizinrechtliche Fragen sowie Fragen des familialen Lebens. Zudem ist er Herausgeber der Schriftenreihe „Recht der Medizin“.

Gottfried Haber



Für Gottfried Haber stellen die gestiegene Mobilität, Migration und demografischen Entwicklungen große Herausforderungen für den österreichischen Wohlfahrtsstaat dar. Um diesen geänderten Lebensrealitäten Rechnung zu tragen, werden sich soziale Sicherungssysteme seiner Meinung nach in Zukunft stärker in Richtung Versicherungsleistungen entwickeln müssen. Nur ein stabiler Staatshaushalt stellt für ihn das Vertrauen in einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat sicher.

„Die Spielregeln, nach denen unser Wohlfahrtsstaat funktioniert, stammen aus dem vorigen Jahrhundert und damit aus einer Welt, in der Menschen bei Weitem nicht so mobil waren wie heute.“

Ist der Wohlfahrtsstaat, wie er in Ländern wie etwa Österreich, Deutschland und Skandinavien seit Jahrzehnten etabliert ist, noch zeitgemäß, leistbar und auf Dauer aufrechtzuerhalten?

Selbstverständlich ist der Bedarf an einem gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat heute aktueller denn je. Länder wie Österreich zählen zu den reichsten Regionen der Welt, es ist daher eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe, solidarische Strukturen zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahrzehnten stark geändert. Die Spielregeln, nach denen unser Wohlfahrtsstaat funktioniert, stammen aus dem vorigen Jahrhundert und damit aus einer Welt, in der Menschen bei Weitem nicht so mobil waren wie heute. Viele Menschen verbringen heute nicht ihr ganzes Leben am gleichen Fleck und sind vom jungen Erwachsenenalter bis zur Pension immer im gleichen Beruf tätig. Daher müssen die Leistungen im Wohlfahrtsstaat nach einem Versicherungsprinzip viel stärker an die einzelne Person geknüpft werden und im Gegenzug treffsichere Transferleistungen greifen, wenn diese Ansprüche nicht ausreichen.

Welche demografischen, soziologischen und psychologischen Argumente sprechen grundsätzlich für einen Wohlfahrtsstaat? Warum brauchen wir ihn überhaupt?

Naturgemäß sind Menschen in sehr jungen und älteren Jahren, aber auch in Fällen von Krankheit oder anderen besonderen Situationen nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Demgegenüber kann man in der Regel in der Mitte seines (Erwerbs-)Lebens mehr leisten, als für den eigenen Konsum verwendet wird. Dieser Bedarf an Umverteilung in der Zeit ist sicher einer der wesentlichen, aber selbstverständlich nicht der einzige Grund für einen Wohlfahrtsstaat. Es ist ein zutiefst menschliches Bedürfnis, in einer Gemeinschaft füreinander zu sorgen, und jene, die nicht so leistungsfähig sind, zu unterstützen. Wenn alle zusammenhalten und eine Risikogemeinschaft bilden, dann werden auch sonst nicht kalkulierbare Unsicherheiten für den Einzelnen reduziert und damit die Gesellschaft insgesamt bessergestellt. In einer immer älter werdenden Bevölkerung, die aber nicht notwendigerweise im gleichen Ausmaß länger gesund ist, gewinnt die Generationenthematik noch weiter an Bedeutung. Aber auch immer höhere Anforderungen an Qualifikationen durch beispielsweise die Digitalisierung lassen neue Herausforderungen entstehen.

„Der Wohlfahrtsstaat muss transparent und fair funktionieren, es muss für alle den gleichen Zugang geben und niemand darf sich seiner Verantwortung entziehen können – weder dann, wenn es um das Leisten eines Beitrages zur Unterstützung der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft geht, noch beim Bemühen, nach Kräften für sich selbst zu sorgen.“

Was sind die Voraussetzungen dafür, dass ein Wohlfahrtsstaat funktioniert? Dass also alle damit zufrieden sind und sich niemand benachteiligt fühlt.

Der Wohlfahrtsstaat muss transparent und fair funktionieren, es muss für alle den gleichen Zugang geben und niemand darf sich seiner Verantwortung entziehen können – weder dann, wenn es um das Leisten eines Beitrages zur Unterstützung der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft geht, noch beim Bemühen, nach Kräften für sich selbst zu sorgen. Einzahlungen und Auszahlungen der Systeme müssen im Gleichgewicht sein, es muss eine vernünftige Antwort darauf geben, wie mit Mobilität und Migration, nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler Ebene zwischen einzelnen Bundesländern oder ländlichen und urbanen Räumen umgegangen wird.

Welche Erwartungen hat die Bevölkerung an einen Wohlfahrtsstaat? Und wie haben sich diese Erwartungen in den vergangenen Jahren verändert?

Die grundlegendste Erwartung ist sicher, sich darauf verlassen zu können, dass der Wohlfahrtsstaat langfristig stabil funktioniert, dass die Spielregeln also auch dann gelten, wenn man selbst einmal Leistungen in Anspruch nehmen wird. War früher in dieser Hinsicht das Vertrauen in den Staat noch grenzenlos, so hat spätestens die Wirtschaftskrise gezeigt, dass auch Staaten nicht in der Lage sind, sich unbegrenzt auf Kosten jüngerer Generationen zu verschulden, und daher sorgfältig mit ihren Haushalten umgehen müssen. Der absolute Glaube an den Staat ist der eigentlich nicht so überraschenden oder neuen Erkenntnis gewichen, dass alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger selbst den Staat und die Gesellschaft bilden – dass also systematisch wir selbst uns all die Leistungen des Wohlfahrtsstaats auch erarbeiten müssen. Vertrauenswürdigkeit ist also die wichtigste Erwartung an den Wohlfahrtsstaat.

Kommen wir zur Migration, dem dominierenden innenpolitischen Thema der vergangenen Jahre. Welche Herausforderung stellt sie für den Wohlfahrtsstaat dar?

Wenn man immer am gleichen Ort in der gleichen Gesellschaft lebt, dann fließen die Einzahlungen in den gleichen Topf, aus dem die Auszahlungen kommen. Während des Erwerbslebens zahlt man also ein, Leistungen der Pensionsversicherung oder der Krankenversicherung werden aus genau diesen Mitteln finanziert. Dabei bleibt dann „nur“ die Herausforderung, dass jeder in einer Durchschnittsbetrachtung gleich viel einzahlt, wie er Auszahlungen und Leistungen erhält. Durch Migration stellt sich zusätzlich die Frage, wie eine Gesellschaft damit

umgeht, wenn jemand über sein Leben verteilt in verschiedene Töpfe einzahlt und aus wieder anderen Töpfen Leistungen bezieht. Oder auch welche Spielregeln gelten sollen, wenn die Lebenshaltungskosten bzw. Kosten bestimmter Leistungen in unterschiedlichen Regionen unterschiedlich hoch sind.

Welche Spielregeln sollen denn gelten? Welche Erfahrungen hat man bisher in diesem Zusammenhang gemacht?

Wann immer sich Lebensrealitäten ändern – und das ist eben auch durch die massiv gestiegene Mobilität, die demografische Entwicklung und die Migration der Fall – entstehen Herausforderungen für historisch gewachsene gesellschaftliche Systeme wie beispielsweise den Wohlfahrtsstaat, deren konzeptionelle Schwachpunkte dann besonders deutlich zum Ausdruck kommen. Migration beschleunigt in diesem Sinne die Veränderungserfordernisse und den Anpassungsdruck. Dadurch entstehen oft Sorgen und Ängste, weil ja gerade Stabilität und Nachhaltigkeit die zentralen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat sind. Historisch folgte auf den Anpassungsdruck dann sehr oft eine Verbesserung der Systeme aufgrund der notwendigen Weiterentwicklungen. Aber der Weg dorthin kann steinig und unpopulär sein.

Unterscheiden sich eigentlich die Erwartungen von Migrantinnen an den Wohlfahrtsstaat von jenen der Mehrheitsbevölkerung?

Ich glaube nicht, dass man das quer über die sehr unterschiedlichen Gruppen pauschal feststellen kann, zumindest sind mir dazu keine belastbaren wissenschaftlichen Publikationen bekannt. Auch die Erwartungen der eingewanderten Bevölkerung weisen ja in diesem Bereich extrem unterschiedliche Zugänge auf.

Was halten Sie von dem Vorschlag, wonach Migrantinnen erst dann dieselben Ansprüche wie die Mehrheitsbevölkerung auf Sozialleistungen haben, wenn sie einige Jahre in diesem Wohlfahrtsstaat gelebt und darin eingezahlt haben?

Offenbar geht es bei diesem Thema um zwei Fragestellungen: Einerseits um die Ausgewogenheit zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der Individuen bzw. bestimmter Gruppen, andererseits um sogenannte „Pull-Effekte“, also Anreizwirkungen, sich ein bestimmtes System mit den jeweils besten Leistungen aussuchen zu können. Wahrscheinlich muss man hier differenzieren, ob Migration freiwillig erfolgt oder nicht – und diese Frage auch in eine gesamteuropäische Lösung einbetten. Eine gewisse Angleichung der Spielregeln der Sozialsysteme und des Zugangs zu Sozialleistungen zumindest in bestimmten Bereichen wird in einer immer mobileren Welt wahrscheinlich unumgänglich sein. Es ist

„Eine gewisse Angleichung der Spielregeln der Sozialsysteme und des Zugangs zu Sozialleistungen zumindest in bestimmten Bereichen wird in einer immer mobileren Welt wahrscheinlich unumgänglich sein.“

ein bisschen mit einem Verein vergleichbar, der sich ein kleines Vereinshäuschen gebaut hat: Wenn neue Mitglieder beitreten, müssen sie oft einen „Aufbaubeitrag“ leisten, weil die bestehenden Vereinsmitglieder die Infrastruktur mit ihren Mitgliedsbeiträgen bezahlen mussten, während die neuen Mitglieder davon profitieren, ohne sich daran beteiligt zu haben. Oder aber neue Mitglieder dürfen erst nach einer gewissen Zeit alle Vereinsleistungen voll konsumieren. Auf den Wohlfahrtsstaat lassen sich beide Ansätze selbstverständlich nur mit Einschränkungen übertragen – die Diskussion muss hier weiter geführt werden, weil es letztlich auch um die Frage der genauen Ausgestaltung im Detail geht. Aber generell ist das ein konzeptionell möglicher Ansatz.

Blicken wir in die Zukunft: In welche Richtung wird sich der Wohlfahrtsstaat in Europa entwickeln? Welche denkbaren Szenarien gibt es?

Die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme wird immer stärker zum Thema. Wahrscheinlich werden aufgrund der bereits genannten erhöhten Mobilität von Menschen und der demografischen Herausforderungen die sozialen Sicherungssysteme stärker am Menschen ansetzen müssen, also verstärkt in Richtung Versicherungsleistungen gehen, die dann letztlich überall auf der Welt konsumiert werden können. Unabhängig davon wird der Finanzierungsdruck wohl dazu führen, dass Leistungen stärker auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt und deren Höhe an die individuelle Leistungsfähigkeit angepasst werden. Die Frage der Treffsicherheit und der Leistungsgerechtigkeit werden zentrale Themen werden, wie jetzt schon die aufkeimende Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen zeigt.

„Wann immer sich Lebensrealitäten ändern – und das ist eben auch durch die massiv gestiegene Mobilität, die demografische Entwicklung und die Migration der Fall – entstehen Herausforderungen für historisch gewachsene gesellschaftliche Systeme wie beispielsweise den Wohlfahrtsstaat, deren konzeptionelle Schwachpunkte dann besonders deutlich zum Ausdruck kommen. Migration beschleunigt in diesem Sinne die Veränderungserfordernisse und den Anpassungsdruck.“

Was halten Sie denn von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Oft steckt hinter diesem Begriff eigentlich etwas konzeptionell anderes, nämlich die Idee, alle Sozialleistungen in eine Art universelle Mindestsicherung zu verpacken. Ein wirklich bedingungsloses Grundeinkommen würde aber jedem zustehen, unabhängig davon, ob diese Person Unterstützung von der Gesellschaft benötigt oder nicht. Auch die speziellen Lebensumstände würden keine oder nur marginale Berücksichtigung finden. Diese Idee ist mit einer bedarfsorientierten Unterstützung nicht ausreichend leistungsfähiger Mitglieder der Gesellschaft aufgrund individueller Situationen wenig kompatibel und auch überhaupt nicht treffsicher. Dazu kommt ein weiteres konzeptionelles Problem, das anhand eines simplen Vergleichs deutlich wird: Wenn jeder automatisch einen Apfel bekommt, egal ob diese Person selbst produziert hat oder nicht, dann müssen diese Äpfel auch von irgendwo herkommen. Diejenigen, die im Produktionsprozess tätig sind, müssen dann erst einmal vom nächsten Apfel, den sie produziert haben, 100 Prozent abgeben, um sich den ersten Apfel, den sie erhalten haben, zu „finanzieren“. Und dann müssen sie noch jene von ihnen produzierten Äpfel abgeben, die die anderen bekommen. Die (Grenz-)Steuersätze auf die selbst erwirtschaftete Leistung müssten daher deutlich höher sein als bisher – bei einer Steuer- und Abgabenquote von nicht weit unter 50 Prozent in Österreich kaum denkbar und nicht sehr motivierend. Sogar wenn Menschen sich gerne freiwillig und intrinsisch motiviert im Arbeitsprozess einbringen wollen, würden manche unangenehmen Tätigkeiten dann einfach nicht durchgeführt werden, wenn die Anreize fehlen. Außerdem verschleiert diese Diskussion die wahren Herausforderungen: Wenn gesagt wird, dass durch die Digitalisierung systematisch Jobs verloren gehen werden – eine Hypothese, die man durchaus sehr infrage stellen kann – und daher ein bedingungsloses Grundeinkommen unaus-

weichlich sein wird, dann verkennt man den wahren Kern des Problems. Wohlstand müssen wir uns als Gesellschaft durch Produktion selbst erarbeiten, erst dann können wir ihn umverteilen. Und auch die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens betonen zu Recht, dass Partizipation im Arbeits- und Wirtschaftsprozess für Menschen etwas Wichtiges und durchaus sinnstiftend ist. Wenn man das allerdings wirklich ernst nimmt, muss man intensiv darauf hinarbeiten, dass Bildung, Qualifikation und Rahmenbedingungen es den Menschen auch tatsächlich ermöglichen, teilzuhaben. Und nicht die Illusion generieren, dass „der Staat“ den einzelnen von seiner moralischen Verantwortung, für sich selbst und für andere zu sorgen, entheben und aus geradezu „mystischen“ Quellen Wohlstand herbeizaubern und verteilen kann.

Fallen Ihnen Best-Practice-Beispiele für Wohlfahrtsstaaten ein, die mit den Herausforderungen der Gegenwart oder Vergangenheit besonders gut umgehen?

Ein sehr interessantes internationales Beispiel ist hier Schweden. Traditionell mit einem ähnlich gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat, wie wir es in Österreich gewöhnt sind, hat Schweden insbesondere im Bereich des Pensionssystems eine konsequente Umstellung auf ein Versicherungsprinzip als Basis der Altersvorsorge vorgenommen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit des Systems. Darüber hinaus wurden die betriebliche und die private Altersvorsorge als zweite und dritte Säule, wie schon lange in der Theorie immer wieder genannt, praktisch ins Pensionssystem mit einbezogen. Im Gesundheitsbereich sind Australien oder auch wieder die skandinavischen Länder im Bereich flächendeckender Primärversorgungsstrukturen federführend – hier muss aber erwähnt werden, dass sowohl die Qualität als auch der niederschwellige Zugang zu Gesundheitsleistungen in Österreich im internationalen Spitzenfeld liegen. Im Gesundheitsbereich geht es weniger um Veränderungen des Wohlfahrtsstaats in seiner Leistungsstruktur oder Qualität als vielmehr um eine Erhöhung der Effizienz der Systeme selbst, um die hohe Qualität zu sichern und gleichzeitig Ressourcen optimal einzusetzen.

Kann man eigentlich einen Staat führen wie ein Unternehmen? Also nach Möglichkeit gewinnbringend oder zumindest kostendeckend?

Ein Staat ist selbstverständlich kein Unternehmen. Es ist auch nicht Aufgabe eines Staats, Gewinne zu erwirtschaften. Der öffentliche Sektor soll stabile Rahmenbedingungen setzen, Güter sowie Dienstleistungen erstellen, die trotz ihres Nutzens aufgrund von Marktversagen von privaten Märkten nicht bereitgestellt werden können, und eine solidarische Daseinsvorsorge sicherstellen. Es ist keine Frage der Zielsetzung, ob ein Staat „kostendeckend“ operiert, das können wir uns

nicht aussuchen. Denn gesamtwirtschaftlich gilt: Alles, was konsumiert werden soll, muss vorher erst produziert worden sein. Es ist daher unmöglich, systematisch mehr aus einem System herauszuholen, als in dieses System eingebracht wird. Zwar kann der Staat in schlechten Zeiten Schulden machen, dann müssen in guten Zeiten aber Überschüsse erwirtschaftet werden. Was der eine vom Staat erhält, muss der Staat zuerst dem anderen weggenommen haben. Umso wichtiger ist es, sorgsam, transparent und effizient mit unserer aller Wirtschaftsleistung umzugehen und die schwierige Balance zwischen Leistungsanreizen und Leistungsgerechtigkeit auf der einen Seite und solidarischer Unterstützung auf der anderen Seite zu gewährleisten. Nur ein stabiler Staatshaushalt stellt sicher, dass all jene, die es benötigen, sich auch darauf verlassen können, dass der Wohlfahrtsstaat funktioniert. Die Leistungserbringung selbst kann und soll übrigens durchaus nach privatwirtschaftlichen Prinzipien erfolgen – die Verantwortung, mit öffentlichen Mitteln und damit mit dem, was andere erarbeitet haben, umzugehen, halte ich sogar noch für deutlich größer als die Verantwortung, wenn es um das eigene Firmenvermögen des Eigentümers geht.

Letzte Frage: Ist die Sozialpartnerschaft ein Symptom von Harmoniesucht?

Gesellschaftlicher Konsens, wie ihn die österreichische Sozialpartnerschaft historisch immer verfolgt hat, kann nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft stabilisieren. Häufig werden diese österreichischen Strukturen daher international auch als Erfolgsfaktor für den in Österreich erarbeiteten Wohlstand genannt. Wichtig ist aber auch die in den Fakten harte und durchaus kontroverielle Diskussion, die dann eben in einem Konsens enden kann. Es ist kein Fehler, wenn am Ende Harmonie steht – auf dem Weg dorthin muss aber eine offene und qualitativ hochwertige Diskussion auf einer inhaltlichen Ebene stattfinden.

Gottfried Haber ist einer der bedeutendsten Ökonomen Österreichs. Er ist Vizedekan der Fakultät für Gesundheit und Medizin sowie Leiter mehrerer Universitätsbereiche mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Gesundheit sowie Wirtschafts-, Budget- und Finanzpolitik an der Donau-Universität Krems. Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Modellierung ökonomischer Systeme. Zudem ist er Vizepräsident des Fiskalrates.

Barbara Kolm



Barbara Kolm plädiert für einen zukunftsfiten, reformierten Sozialstaat 3.0, der kommende Generationen nicht mit neuen Schulden belastet. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen ohne Gegenleistung stellen für sie Zündstoff für den inneren Frieden dar. Wer aber in den Topf einzahlt, soll auch Leistungen in Anspruch nehmen dürfen.

Ist der Wohlfahrtsstaat, wie er in Ländern wie etwa Österreich, Deutschland und Skandinavien seit Jahrzehnten etabliert ist, noch zeitgemäß, leistbar und auf Dauer aufrechtzuerhalten?

Der Wohlfahrtsstaat in seiner derzeitigen Ausprägung – bar jeglicher ökonomischen Realität dank Parolen wie „Nimm Dir, was Dir zusteht“ – ist nicht nur in Österreich nicht mehr zeitgemäß und schon gar nicht mehr leistbar. Ein Blick auf die Seite <http://ratingeurope.eu/de/> oder <http://calc.values4europe.com> lässt uns auch im internationalen Vergleich erschauern. Der Tax Freedom Day, jener Tag also, ab dem der Durchschnittsbürger für die eigene Tasche arbeitet, fiel heuer auf den 15. August. In anderen Worten: Wir arbeiten 227 Tage für den Staat, damit dieser Aufgaben wahrnimmt, die der Durchschnittsbürger zum einen gar nicht benötigt und zum anderen nicht bestellt hat. Die trügerische Sicherheit „von der Wiege bis zur Bahre“, mit der wir geblendet werden, lässt uns allzu gerne vergessen, dass wir mit dieser Delegation von Aufgaben unsere Freiheit verkaufen. Die steigenden Steuern und Abgaben sprechen eine deutliche Sprache. Es ist verantwortungslos, die nächsten Generationen immer mehr durch neue Schulden und keinen Abbau der alten Schulden zu belasten.

„Es ist verantwortungslos, die nächsten Generationen immer mehr durch neue Schulden und keinen Abbau der alten Schulden zu belasten.“

Aber was ist mit den Menschen, die – vorübergehend oder dauerhaft – auf das soziale Netz eines Staats angewiesen sind?

Es geht nicht darum, Menschen, die sich nicht selbst helfen können, der sogenannten neoliberalen, sozialen Kälte auszusetzen. Das Problem ist aber, dass der Staat private Institutionen und Initiativen, die ein soziales Netz boten, jahrzehntelang torpediert und ersetzt hat. Nach und nach wurde aus der Hilfe in der Not ein Rechtsanspruch im Alltag aller Staatsbürger – und unter bestimmten Voraussetzungen auch für Nicht-Staatsbürger. Fern von (eigen-)verantwortlichem Handeln haben sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber daran gewöhnt, dass Staatsbürger von der öffentlichen Hand verwaltet werden und in allen Lebenslagen Ansprüche an die Gemeinschaft stellen. Betrachten wir aber diese Leistungen kritisch, reduzieren wir die Umverteilung auf das Nötigste, dann kommt es zu enormer Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das wäre der zukunftsfitte, reformierte Sozialstaat 3.0. Aber ohne kritisches Hinterfragen der Sinnhaftigkeit mancher (selbsternannter) Staatsaufgaben, einer Bereinigung und Reduktion wird es nicht gehen.

„Fern von (eigen-) verantwortlichem Handeln haben sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber daran gewöhnt, dass Staatsbürger von der öffentlichen Hand verwaltet werden und in allen Lebenslagen Ansprüche an die Gemeinschaft stellen.“

„Betrachten wir aber diese Leistungen kritisch, reduzieren wir die Umverteilung auf das Nötigste, dann kommt es zu enormer Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das wäre der zukunftsfitte, reformierte Sozialstaat 3.0.“

Welche demografischen, soziologischen oder psychologischen Argumente sprechen grundsätzlich für einen Wohlfahrtsstaat? Oder anders gefragt: Warum brauchen wir ihn überhaupt?

Besinnen wir uns wieder der Eigenschaften, die der Menschheit in der Evolution das Überleben sicherten: Mitgefühl und Fürsorge im unmittelbaren, Arbeitsteilung und Treue im weiteren Umfeld. Ich kann nicht glauben, dass diese Eigenschaften gänzlich verschwunden sind, und bin daher überzeugt, dass ein Abbau von staatlichen Leistungen zwingend zu Eigeninitiativen führt. Niemand von uns ließe seinen Nachbarn leiden und Arbeitnehmer und Arbeitgeber begegneten sich längst auf Augenhöhe. Die moderne Technologie, der schnelle Austausch von Information, das rasche Zusammenführen von Angebot und Nachfrage auf allen Markt- und Bedürfnisseebenen sollte den Wohlfahrtsstaat obsolet machen. Das bedeutet für handelnde Politiker, dass sie keine Wählerstimmen mit Wahlgeschenken mehr generieren können. Ich fürchte, dass die seit vielen Jahren geforderten Reformen genau deshalb nie umgesetzt wurden und dass Klientelpolitik uns alle in eine Zwangslage bringt.

Was sind denn die grundsätzlichen Voraussetzungen dafür, dass ein Wohlfahrtsstaat funktioniert? Dass also alle damit zufrieden sind und sich niemand benachteiligt fühlt.

Das Wichtigste in jedem Staat ist Rechtssicherheit. Ein Wohlfahrtsstaat kann diese nur bedingt bieten, denn wenn die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind, werden – auch wenn das jahrzehntelang hinausgeschoben wird – Leistungen eingeschränkt. Verlässlicher wäre eine „ungerechte“ Wohlfahrt, in die die Gemeinschaft, der Staat nur dann eingreift, wenn es nicht mehr anders geht, wenn es um existenzielle Fragen geht. Wir werden kein Modell finden, mit dem alle zufrieden sind. Wir werden Jahre benötigen, um den Gedanken der Benachteiligung wieder los zu werden und Neid in eine positive Triebfeder für Zielstrebigkeit zu verwandeln.

Kommen wir zur Migration, dem dominierenden innenpolitischen Thema der vergangenen Jahre. Welche Herausforderung stellt sie für den Wohlfahrtsstaat dar?

Es ist ganz wesentlich, dass wir zwischen klassischer Migration, Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen oder Wohlfahrtstouristen unterscheiden. Und wir müssen eine unbequeme Entscheidung treffen, welche dieser Gruppen wir in welcher Weise von unserer Arbeit und unseren Ressourcen profitieren lassen. Wohlfahrt in der Form, die in Österreich heute Realität ist, nimmt schon jetzt künftige Generationen in Geiselhaft. Wir leisten Flüchtlingen keinen guten Dienst, wenn wir ohne Gegenleistung Wohlfahrt bieten, denn das ist Zündstoff für den inneren Frieden.

Wenn wir kurz zurückblicken – welche historischen Erfahrungen hat man mit dem Einfluss bzw. mit den Folgen von Migration auf den Wohlfahrtsstaat gemacht?

Die klassische Migration war und ist bis heute positiv für das neue Gastland. Migranten integrieren sich, arbeiten und beteiligen sich an der Wertschöpfungskette. Damit bezahlen sie Beiträge ins Sozialsystem des Gastlandes, die allen zugutekommen. Aber sie senden auch Mittel in die alte Heimat.

Unterscheiden sich eigentlich die Erwartungen von Migranten an den Wohlfahrtsstaat von jenen der Mehrheitsbevölkerung? Zum Beispiel in Österreich.

Migranten wissen, dass sie beitragen müssen. Bei Wirtschaftsflüchtlingen verhält sich dies offenbar anders.

Was halten Sie von dem Vorschlag, wonach Migranten erst dann dieselben Ansprüche wie die Mehrheitsbevölkerung auf Sozialleistungen haben, wenn sie einige Jahre in diesem Wohlfahrtsstaat gelebt und darin eingezahlt haben?

Wenn wir von Migranten sprechen, dann sind wohl Menschen gemeint, die kommen, weil sie hier Arbeit haben und sich eine Zukunft aufbauen wollen. Wer einzahlt, sollte auch die Leistungen in Anspruch nehmen dürfen. Wenn wir aber von Menschen sprechen, die kommen, ohne Arbeit anzunehmen, ohne die Absicht, die eigene Zukunft selbst zu erarbeiten, dann sehe ich im Zugang zu staatlichen Leistungen genau den bereits erwähnten Zündstoff.

In welche Richtung wird sich der Wohlfahrtsstaat in Europa entwickeln? Welche denkbaren Szenarien gibt es?

In Richtung Wohlfahrtsstaat 3.0. Damit meine ich einen schlanken, transparenten Staat, das Einfordern, aber auch das Zulassen von Eigenverantwortung und sozialer Verantwortung.

„Die moderne Technologie, der schnelle Austausch von Information, das rasche Zusammenführen von Angebot und Nachfrage auf allen Markt- und Bedürfnisseebenen sollte den Wohlfahrtsstaat obsolet machen.“

Kann man eigentlich einen Staat führen wie ein Unternehmen? Also nach Möglichkeit gewinnbringend oder zumindest kostendeckend?

Es gibt immer mehr Projekte, in welchen Staaten Regionen große Zugeständnisse machen, die staatliche Macht einschränken und mit marktwirtschaftlichen Lösungen unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit experimentieren. Diese Sonderwirtschaftszonen operieren gewinnbringend zum Nutzen der darin lebenden Bevölkerung.

Ist die Sozialpartnerschaft ein Symptom von Harmoniesucht?

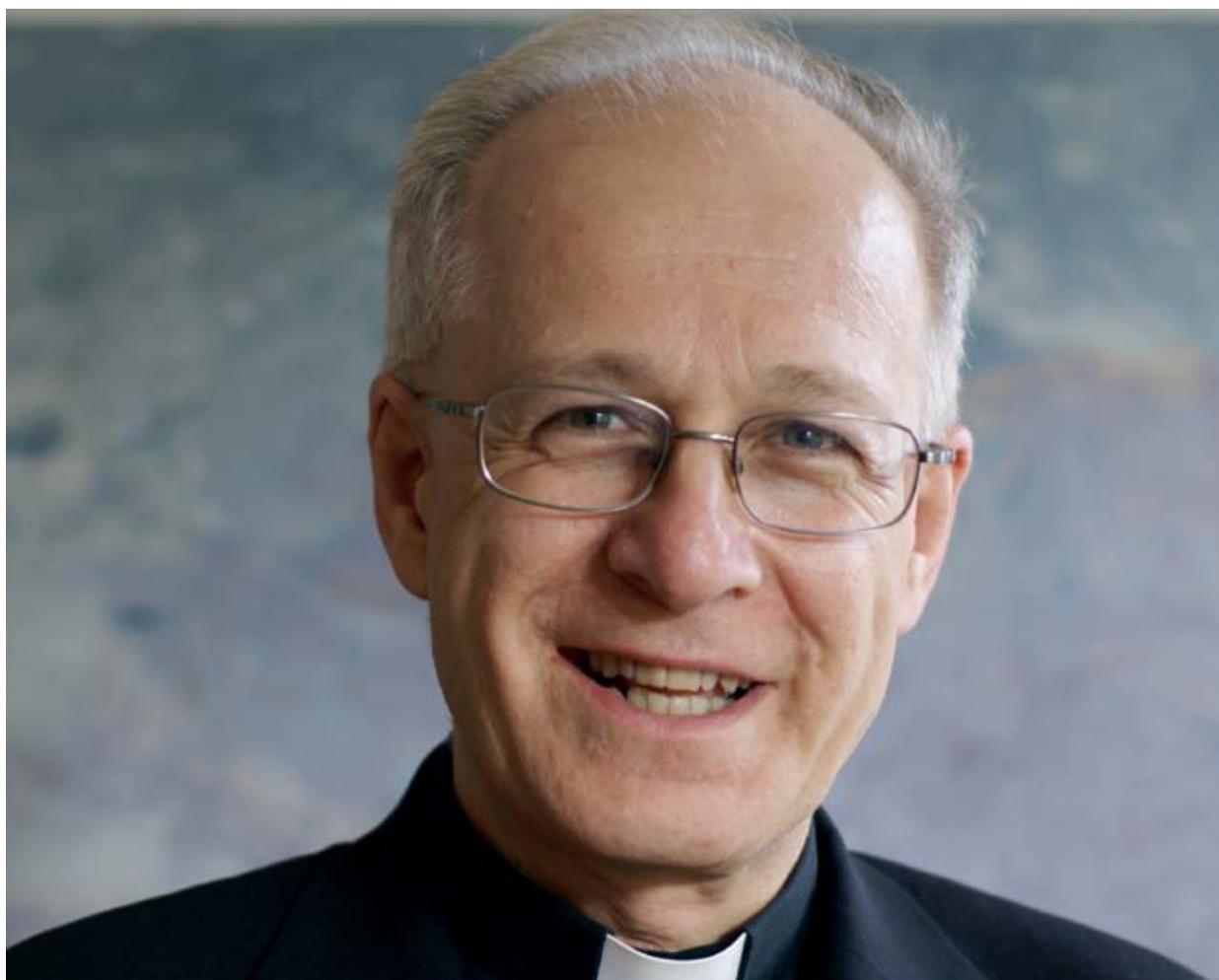
Ja, wir harmonisieren uns damit „zu Tode“ und geben den letzten Rest unserer Wettbewerbsfähigkeit auf. Man kann nicht Arbeitsplätze lieben, aber jene, die diese schaffen, in den wirtschaftlichen Ruin treiben.

Was halten Sie von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Nichts.

Barbara Kolm ist Präsidentin des Friedrich August v. Hayek Instituts, laut „2009 Global Go To Think Tanks Index Report“ der University of Pennsylvania einem der renommiertesten Think-tanks weltweit, sowie Direktorin des Austrian Economics Center. Sie hält eine Gastprofessur an der Universität Podgorica und ist zudem selbstständige Unternehmensberaterin. Sie ist Herausgeberin des „Dictionary of Economic Terms“.

Martin Rhonheimer



Martin Rhonheimer spricht sich für ein Umdenken und für neue Lösungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme aus. Er betont die Wichtigkeit, dass alle stets steigende Chancen haben können, da es unmöglich sei, soziale und ökonomische Verhältnisse zu schaffen, in denen alle gleich sind und somit dieselben Startbedingungen haben.

Ist der Wohlfahrtsstaat, wie er etwa in Österreich, Deutschland und Skandinavien seit Jahrzehnten etabliert ist, noch zeitgemäß, leistbar und auf Dauer aufrechtzuerhalten?

Die Geschichte des modernen Sozialstaats, der immer mehr als „Wohlfahrtsstaat“ verstanden wird, ist keineswegs geradlinig. Die Idee stammt ursprünglich aus Deutschland und war motiviert von dem Interesse, der als gefährlich empfundenen und damals noch stark marxistisch gefärbten, klassenkämpferisch auftretenden und den bürgerlichen Rechtsstaat ablehnenden Sozialdemokratie das Wasser abzugraben und die Arbeiterschaft an den Staat zu binden. Schließlich wurde der Sozialstaat in Deutschland auch zum Projekt des nationalistischen Machtstaats, bis dieses zur Katastrophe des Ersten Weltkriegs führte. „Sozialpolitik“ war damals das Programm von national und letztlich konservativ eingestellten deutschen Professoren der Nationalökonomie, das bald auch in England und anderen Ländern aufgegriffen wurde. Infolge des Ersten Weltkriegs hatte sich nicht nur die Staatstätigkeit enorm ausgeweitet, sondern auch der Glaube an die Macht des Staats, die sogenannte soziale Frage lösen zu können. Liberale, aber auch kirchlich-katholische Kreise leisteten weitgehend erfolglos Widerstand gegen die zunehmende Staatsgläubigkeit. Nachdem auch während der Zwischenkriegszeit der sozialpolitische Interventionismus des Staats weiter zugenommen hatte, erfolgte nach dem Zweiten Welt-

„Wir müssen lernen, umzudenken und neue Lösungen zu finden, statt veraltete Systeme einfach durch immer höhere Staatsschulden am Leben zu erhalten.“

krieg unter Ludwig Erhard in Deutschland ein Neubeginn. Erhard wollte keinen umverteilenden Sozialstaat, in dem, wie er sagte, „jeder die Hand in der Tasche des anderen hat“, sondern eine Gesellschaft, die auf Eigenverantwortung gebaut ist. Er lehnte sogar Versicherungszwang und auch das Umlageverfahren für die Altersrente ab. Doch es kam, vor allem auch unter dem Einfluss der Sozialdemokratie, anders. In einem Arbeitspapier der Deutschen Bischöfe „Das Soziale neu denken“ aus dem Jahr 2003 wurde auf die persönliche Selbstverantwortung, die Familie und die innergesellschaftliche Solidarität schwächenden Wirkungen des modernen Sozialstaats hingewiesen und seine Reformierung gefordert. Wir wissen heute, dass gerade die umlagefinanzierte Altersvorsorge nicht nur unter dem demografischen Einbruch leidet, sondern diesen Einbruch durch falsche Anreize eigentlich mitverursacht hat.

Sie meinen die zunehmende Kinderlosigkeit in vielen Familien?

Ein Gutachten zum Thema „Alterung und Familienpolitik“ des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit aus dem Jahre 2005 hielt fest, dass ein umlagefinanziertes Rentensystem, wie es nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und in fast allen modernen Sozialstaaten heute existiert, zwar als Versicherung gegen Kinderlosigkeit wirkt, gleichzeitig aber

„Zur Logik des Wohlfahrtsstaats gehört es, dass er in demselben Maße, wie er Eigenverantwortlichkeit und Risikofreudigkeit unterminiert, auch immer höhere Ansprüche an den Staat generiert.“

auch die Anreize, „selbst Kinder zu kriegen und aufzuziehen“, verringert: „Nach der Rechtskonstruktion unseres Rentensystems erwirbt man einen Rentenanspruch schon dann, wenn man auf dem Wege der Beitragszahlung die Generation seiner Eltern finanziert. Dass man selbst Kinder hat, ist nicht wichtig. Ohne Kinder kollabiert jedoch das Umlagesystem“ (Seite 41). Hier, wie auch generell im Sozialversicherungswesen, sind neue Wege zu finden. Interessant sind dabei gerade Vorschläge aus Schweden, nämlich von Mauricio Rojas, einem ehemaligen chilenischen, für Allende kämpfenden Marxisten, der nach dem Pinochet-Putsch nach Italien und schließlich nach Schweden flüchtete und dort angesichts der Erfahrungen mit dem schwedischen Wohlfahrtsstaat zum Wirtschaftsliberalen wurde. Rojas ist der Meinung, das Sozialversicherungssystem müsste flexibilisiert werden, es sollte auch hier Markt und Wettbewerb geben und auch wegen der höheren Mobilität der Arbeitskräfte sollten auf dem Markt Lösungen für Leistungen angeboten werden, die man gleichsam „mitnehmen“ kann, wenn man in ein anderes Land zieht. Was auch immer man davon halten wird: Wir müssen lernen, umzudenken und neue Lösungen zu finden, statt veraltete Systeme einfach durch immer höhere Staatsschulden am Leben zu erhalten.

Welche demografischen, soziologischen, psychologischen Argumente sprechen grundsätzlich für einen Wohlfahrtsstaat? Warum brauchen wir ihn?

Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts haben die professoralen, aber in der Öffentlichkeit sehr präsenten und die öffentliche Meinung stark beeinflussenden Vertreter der neuen Sozialpolitik – man nannte sie „Kathedersozialisten“ – verstanden, dass es nicht so sehr auf die tatsächliche, sondern vor allem auf die gefühlte Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit ankommt. Damit wollten sie den Hinweisen ihrer bürgerlich-liberalen Kritiker begegnen, es sei doch gerade die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die im Gefolge des fortschreitenden Industriekapitalismus die Arbeiter immer besserstelle. Diese Kritiker waren nicht prinzipiell gegen Sozialpolitik und auch nicht gegen die Gewerkschaften. Aber sie waren überzeugt – meiner Ansicht nach zu Recht –, dass Sozialpolitik bzw. die Sozialgesetzgebung immer nur als generelle Norm etablieren kann, was dem Niveau der erreichten allgemeinen Arbeitsproduktivität entspricht. Letztere kann hingegen nicht oder nur in sehr geringem Maße durch Sozialpolitik angehoben werden. Umgekehrt kann aber eine Sozialpolitik, die falsche Anreize setzt, für das Produktivitätswachstum ausgesprochen schädlich sein.

Inwiefern schädlich?

Man denke an das heutige Frankreich oder an Italien. Aber auch Länder wie Österreich und Deutschland, wo die Produktivität stagniert, haben hier offensichtliche Probleme. Gegen solche Argumente verwiesen gegen Ende des 19. Jahrhunderts sozialpolitisch engagierte Nationalökonominnen wie Adolph Wagner darauf, dass das Entscheidende eben die psychologische Ebene sei. Damit hatten sie zwar Recht, aber die Bemerkung ist in diesem Falle purer Zynismus, denn gerade die „gefühlte Ungerechtigkeit“ und die entsprechenden, oft auf Neid basierenden sozialpolitischen Forderungen sind es, die auf lange Sicht sozial schädlich sind. Schon damals wurde die organisierte Industriearbeiterschaft durch sozialpolitische Maßnahmen und gewerkschaftlichen Druck privilegiert, und zwar auf Kosten der nichtorganisierten, ärmeren Arbeiterschaft, der Heimarbeiter, der in der Landwirtschaft Tätigen – das führte zu einer noch größeren Immigration in die Städte, Druck auf die Löhne oder Arbeitslosigkeit. Ähnliche gut gemeinte, vordergründig sehr sozial erscheinende Maßnahmen haben auch heute oft nicht beabsichtigte Nebenfolgen, die äußerst unsozial sind. So können sich gesetzlich bzw. durch gewerkschaftlichen Druck erzwungene Mindestlöhne und Sozialstandards, die zu einer hohen Abgabenbelastung der Arbeit führen, nachteilig auf die Arbeitsmöglichkeiten der Ärmsten, beruflich am wenigsten Qualifizierten auswirken. Zu denen gehören in der Regel gerade auch Immigranten mit wenigen oder gar keinen beruflichen Qualifikationen. Sie werden dann in die Sozialhilfe abgeschoben.

Was sind die Voraussetzungen dafür, dass ein Wohlfahrtsstaat funktioniert? Dass also alle damit zufrieden sind und sich niemand benachteiligt fühlt.

Zur Logik des Wohlfahrtsstaats gehört es, dass er in demselben Maße, wie er Eigenverantwortlichkeit und Risikofreudigkeit unterminiert, auch immer höhere Ansprüche an den Staat generiert. Sozialpolitiker haben im Verbund mit der Sozialbürokratie den Begriff der „relativen Armut“ geschaffen. Da relative Armut relativ zum Medianeinkommen gemessen wird, bleibt sie auch in einem Wohlfahrtsstaat, in dem der Wohlstand aller, auch der untersten Schichten, ständig wächst, definitionsgemäß immer etwa gleich hoch, ja kann mit wachsendem Wohlstand sogar wachsen. Mit dem Begriff der „relativen Armut“ als sozialpolitischer Krisenkategorie ist sichergestellt, dass der Sozialhilfeindustrie nie die Arbeit ausgeht. Sie beschäftigt zum Beispiel in Deutschland mehr Menschen als die gesamte Autoindustrie. Nicht nur die Vertreter der Sozialhilfeindustrie sind daran interessiert, dass diese erhalten und ausgeweitet wird. Da sie unproduktiv ist, trägt sie auch nichts zu Wachstum und größerem Wohlstand bei, kann dafür eher zu einem Hemmnis werden. Denn sie verteilt Geld, das potenziell produktiven Bürgern weggenommen wurde.

„Eine Gesellschaft, in der sich niemand benachteiligt fühlt und alle zufrieden sind, ist unmöglich. Eine wirtschaftlich erfolgreiche und damit auch sozial immer besser gestellte Gesellschaft wird immer neue Ungleichheiten – vor allem wegen der wirtschaftlich Erfolgreichen und Produktiven –, Unzufriedenheit, Neid und damit ‚gefühlte Ungerechtigkeit‘ erzeugen.“

„Wichtig ist, dass alle stets steigende Chancen haben können. Eine solche Gesellschaft entsteht aber gerade nicht durch Sozialpolitik, sondern nur durch eine gute Wirtschaftspolitik, die Innovation und Wachstum ermöglicht und damit die Bildungschancen aller verbessert.“

„Niemand hat gegenüber seinen Mitmenschen grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf ein besseres Leben.“

Eine Gesellschaft, in der sich niemand benachteiligt fühlt und alle zufrieden sind, ist unmöglich. Eine wirtschaftlich erfolgreiche und damit auch sozial immer besser gestellte Gesellschaft wird immer neue Ungleichheiten – vor allem wegen der wirtschaftlich Erfolgreichen und Produktiven –, Unzufriedenheit, Neid und damit „gefühlte Ungerechtigkeit“ erzeugen. Leider haben auch Politiker ein Interesse an solch „gefühlter“ Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Sie greifen sie auf, um dann ihre Wahlversprechen zu machen. Nötig wäre, dass wir weit verbreitete, aber irreführende Vorstellungen von sozialer Ungerechtigkeit revidieren.

Das heißt, weder Reichtum noch Armut sind eine Schande?

Es ist nicht ungerecht, dass einige reicher sind als andere, auch wenn das nicht auf persönlicher Leistung beruht. Jemand, der ein großes Vermögen geerbt hat, dieses gut investiert oder selber damit erfolgreich Geschäfte treibt, wird bewirken, dass andere in Lohn und Brot kommen. Das ist sozialer als die Arbeit jener, die sich mit aus Steuergeldern finanzierten Löhnen darum bemühen, das Geld, das der Staat mit seiner Zwangsgewalt ihren Mitbürgern weggenommen hat, zu verteilen. Natürlich braucht es Beamte und soziale Sicherungsnetze. Aber vieles, was die Politik organisiert, ist weniger sozial als die geerbten Vermögen, die entweder produktiv bleiben – oder sehr bald verschwinden. Zu Recht benachteiligt und ungerecht behandelt darf sich jemand fühlen, der vom Gesetz diskriminiert wird, also etwa wegen seiner Hautfarbe, seiner ethnischen Herkunft oder Zugehörigkeit, seiner Religion, seines Geschlechts usw. zu seinem Nachteil anders als seine Mitbürger behandelt, eben „diskriminiert“ wird. Aber es ist unmöglich, ökonomische und soziale Verhältnisse zu schaffen, in denen alle gleich sind und damit die gleichen Startchancen haben. Wichtig ist, dass alle stets steigende Chancen haben können. Eine solche Gesellschaft entsteht aber gerade nicht durch Sozialpolitik, sondern nur durch eine gute Wirtschaftspolitik, die Innovation und Wachstum ermöglicht und damit die Bildungschancen aller verbessert. Dadurch wird die soziale Ungleichheit nicht verschwinden, ja sie wird womöglich noch anwachsen. Dies ist aber nicht zum Schaden, sondern – wie die Geschichte zeigt – zum Nutzen auch derer, die weniger haben.

Welche Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang die Migration dar?

Der moderne Sozialstaat versteht sich als eine Solidargemeinschaft, in der alle geben müssen, aber alle auch bekommen können, nämlich dann, wenn sie in Not geraten und auf Unterstützung angewiesen sind. Die durch das Versicherungsprinzip abgedeckten Sozialleistungen begründen einen Rechtsanspruch auf Leistungen. Die anderen funktionieren nach dem Versorgungsprinzip und sind eigentlich

aus Steuergeldern – also mit dem Geld anderer – finanzierte Almosen. Darauf kann aber niemand ein Recht haben, es sei denn, es handelt sich um eine das überlebensnotwendige Existenzminimum gewährende Grundsicherung. Was nun Sozialleistungen für Migranten betrifft, muss man unterscheiden zwischen normalen Einwanderern, die freiwillig, aus wirtschaftlichen, familiären oder sonstigen Gründen in ein Land einwandern, und solchen, die dies tun, weil sie Kriegsflüchtlinge sind oder aufgrund von Verfolgung in ihrem Land Asyl suchen. In den beiden letzten Fällen sollte die internationale menschliche Solidarität Platz greifen, wie sie dem humanitären Völkerrecht Pate gestanden hat: Flüchtlingen ist Schutz zu gewähren, Asylsuchenden ist, nach Prüfung ihrer Lage, Asyl zu geben. Wenn die Fluchtgründe hinfällig sind, sind Flüchtlinge zu repatriieren, was sie zumeist ja auch wünschen. Flüchtlinge und Asylsuchende aufzunehmen, kostet Geld – das sind aber Leistungen, die überhaupt nichts mit dem Wohlfahrts- oder Sozialstaat zu tun haben. Sie gehen auf ein anderes Konto: das Konto des humanitären Völkerrechtes.

Bleiben wir kurz bei der, wie Sie es nennen, „freiwilligen“ Migration.

Bei der „normalen“ Migration oder Einwanderung kommen Menschen in ein fremdes Land, weil sie sich hier ein besseres Leben versprechen. Niemand hat gegenüber seinen Mitmenschen grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf ein besseres Leben. Und einen solchen Anspruch kann man auch nicht gegenüber einem ganzen Land haben. Noch weniger sollte die Hoffnung, von den Leistungen eines Sozialstaats zu profitieren, ein Grund zur Auswanderung aus der Heimat und zur Übersiedlung in ein Land sein, das solche Leistungen verspricht. So zu kalkulieren, wäre ungerecht. Grund für Auswanderung sollte allein die Erwartung und die berechtigte Hoffnung sein, im Land, in das man einwandern will, Arbeit zu finden, sich also selbst zu unterhalten, und damit einen Beitrag zu leisten, aufgrund dessen man sich dann auch das Recht auf Sozialleistungen erarbeitet. Genau das ist auch von Immigranten, die eben keine Flüchtlinge oder Asylsuchenden sind, zu fordern. Bevor sie Anteil an den Sozialleistungen des Wohlfahrtsstaats erhalten, sollten sie selber etwas dazu beitragen. Das Bekommen setzt ein Geben voraus und deshalb erscheint es auch logisch, dass Sozialleistungen erst nach einer gewissen Zeit bezogen werden können. Das klingt für manche hart, ist aber im Interesse aller. Der Sozialstaat würde sonst zum Versorgungsstaat für Immigranten. Das würde ihn finanziell überfordern, wäre eine große Ungerechtigkeit gegenüber der Gesamtbevölkerung und würde – wegen Fehlanreizen – für die Immigranten auch Integrationsbarrieren schaffen, die sie dann wohl nie mehr zu überwinden imstande wären. Wichtig ist

„Grund für Auswanderung sollte allein die Erwartung und die berechtigte Hoffnung sein, im Land, in das man einwandern will, Arbeit zu finden, sich also selbst zu unterhalten, und damit einen Beitrag zu leisten, aufgrund dessen man sich dann auch das Recht auf Sozialleistungen erarbeitet.“

aber, dass Einwanderer Chancen haben können und dass man ihnen diese nicht verbaut – zum Beispiel mit Mindestlöhnen. Wir müssen den Mut und die Ehrlichkeit haben, zugunsten der Immigranten, vor allem jener, die keinerlei berufliche Qualifikationen mitbringen, eine „Zweiklassengesellschaft“ zuzulassen. Besonders jungen Menschen sind Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wir sollten aber bereit sein, mit Menschen unter uns zusammenzuleben, die anstatt von der Sozialhilfe abhängig zu sein, Jobs zu extrem niedrigen Löhnen – wir nennen sie „Hungerlöhne“ – annehmen, um sich so wenigstens in den Arbeitsmarkt integrieren und fundamentale soziale Kompetenzen erwerben zu können.

Gegen so eine Forderung würde es viel Widerstand geben – von vielen Seiten.

Die Gewerkschaften werden das als Lohn- und Sozialdumping verschreien. Wir sollten aber nicht auf Kosten von arbeitswilligen Immigranten unsere Privilegien verteidigen und damit Einwanderer in die Sozialhilfe abschieben. Auch in diesem Fall hätten wir ja eine Zweiklassengesellschaft. Wir haben sie auf jeden Fall, dann aber eine der verlogenen Art, mit der wir ein Sozialproletariat ohne Zukunftsaussichten schaffen. Das wäre keine humane Immigrationspoli-

„Wir sollten jedem eine Chance geben, zu arbeiten, zu den Bedingungen eben, die er selber anzunehmen bereit ist. Ein Land hat allerdings auch das Recht, sich seine Einwanderer auszusuchen und entsprechende Kriterien anzuwenden.“

tik. Wir sollten jedem eine Chance geben, zu arbeiten, zu den Bedingungen eben, die er selber anzunehmen bereit ist. Ein Land hat allerdings auch das Recht, sich seine Einwanderer auszusuchen und entsprechende Kriterien anzuwenden. Flüchtlinge und Asylsuchende kann man sich nicht aussuchen, wohl aber wen man ins Land lässt, weil er hier Arbeit sucht. Regierungen sollten hier auch nicht einfach am Volksempfinden „vorbeiregieren“, das wäre kurzfristig gedacht. Die Politik sollte aber der Zivilgesellschaft, privaten und kirchlichen Institutionen auch genügend Raum lassen, selbst Integrationsinitiativen ins Leben zu rufen, unbürokratisch und ohne allzu große rechtliche Fußangeln und Einschränkungen.

Welche historischen Erfahrungen hat man mit dem Einfluss bzw. mit den Folgen von Migration auf den Wohlfahrtsstaat gemacht?

Dazu habe ich keine empirischen Daten. Aber klar scheint: Mit einer großen Zahl von schwer in den Arbeitsmarkt integrierbaren Einwanderern wird der Sozialstaat teurer werden, mehr Geld kosten, und das heißt: Die Staatschulden werden steigen, und zwar in einem Bereich, in dem keine neue Produktivität geschaffen wird, sondern das Gegenteil: mehr Konsumansprüche einer Schicht von Menschen, die selbst unproduktiv ist und deshalb ein parasitäres Dasein zu führen gezwungen ist, selbst wenn sie das gar nicht will. Dadurch tut man nicht nur diesen Menschen Unrecht, sondern schafft auch Unmut in der Bevölkerung. Das Misstrauen gegenüber Immigranten und das Gefühl, selber zu kurz zu kommen, wachsen. Das ist gefährlich, verursacht Fremdenfeindlichkeit und Verdrängungsangst. Das dadurch geschaffene Frustrationspotenzial kann dann leicht politisch manipuliert und in einer Weise genutzt werden, die das friedliche Zusammenleben der Menschen zerstört.

Blicken wir in die Zukunft: In welche Richtung wird sich der Wohlfahrtsstaat in Europa entwickeln? Welche denkbaren Szenarien gibt es?

Um ganz ehrlich zu sein: In der gegenwärtigen Form, denke ich, ist der Sozial- oder Wohlfahrtsstaat, so wie wir ihn kennen, nicht nachhaltig. Er ist zunehmend schuldenfinanziert und leider wohl auch reformunfähig, und das aus zwei Gründen: erstens, weil die gewaltige Zahl von Beamten, die die Maschinerie des Sozialstaats in Gang halten, kein Interesse an seinem Abbau, sondern immer nur an seinem weiteren Ausbau hat. Das ist nur allzu menschlich, gerade deshalb aber auch verhängnisvoll. Die Sozialbürokratie ist selber eine steuerfinanzierte Lobby dafür, dass die Politik immer mehr aus Steuern finanzierte soziale Wohltaten verteilen soll. Dafür bemühen sie sich auch, immer neue Gruppen

herauszufinden, die angeblich solcher Wohltaten bedürfen. Der zweite Grund ist die Politik selbst: Politiker wollen wiedergewählt werden und dafür müssen sie bestimmten Wählergruppen Versprechungen machen. Das geht am besten, indem man neue Sozialleistungen oder die Verbesserung der bestehenden verspricht – auf keinen Fall aber deren Abbau. Was man dabei vergisst: Das Geld, das verteilt wird und für den Konsum verwendet wird, ist nicht Manna, das vom Himmel fällt. Es wird den Steuerzahlern zuvor weggenommen, steht ihnen – gerade auch den produktivsten unter ihnen – also nicht mehr in demselben Ausmaß zur Verfügung, um es, statt zu konsumieren, zu investieren. Das verringert Wachstum und Wohlstand – und damit natürlich letztlich auch das Steuersubstrat. Man sägt also am Ast, auf dem man sitzt.

Fallen Ihnen Best-Practice-Beispiele für Wohlfahrtsstaaten ein, die mit den Herausforderungen der Gegenwart oder Vergangenheit besonders gut umgehen?

Ich bin Schweizer und wir Schweizer haben die Unart, uns selbst gerne als Beispiel hinzustellen. Wir tun das ganz offen, weil wir denken, dass die anderen ja ohnehin von uns erwarten, dass wir unsere Mitmenschen belehren wollen. Aber Spaß beiseite: In der Schweiz ist doch noch einiges nicht so schlimm wie anderswo. Die Eigenverantwortung steht hier mehr im Vordergrund und gerade im Gesundheitssystem und in der Krankenversicherung spielen auch der Wettbewerb und der Markt noch eine Rolle. Auch der Föderalismus und die Gemeindeautonomie mit entsprechender Steuerautonomie und fiskalischer Verantwortung wirken – zusammen mit der Kontrolle durch die direkte Demokratie – heilsam. Die Schweiz ist eines der entwickelten Industrieländer mit der geringsten sozialen Ungleichheit, aber auch dem geringsten Grad an Umverteilung. Die Vorzüge der Schweiz hängen damit zusammen, dass sie nur langsam vorangeht und die Fehler der umliegenden Länder immer erst viel später nachahmt. Auch da ist die Schweiz wohl auf einem eher abschüssigen Pfad angelangt. Das schweizerische, umlagefinanzierte Rentensystem ist nicht mehr nachhaltig und ein großer Teil der Bevölkerung und der Politik steckt hier den Kopf in den Sand. Was also den Trend betrifft, ist die Schweiz auch nicht besser als das übrige Europa. Ich glaube, wir müssen alle umdenken, den Sozialstaat, ja das Soziale überhaupt neu denken, neue Konzepte finden, gerade auch solche, die, wie bereits erwähnt, weniger national ausgerichtet sind und mehr der internationalen Mobilität gerecht werden. Dazu müssten die Sozialversicherungen entnationalisiert und auch nichtstaatliche Anbieter ins System eingebunden werden. Wer auswandert, kann dann seine Sozialleistungen mitnehmen. Das würde die internationale Mobilität fördern und wäre ein echter Wohlstandsgewinn für alle.

Apropos Gewinn. Kann man eigentlich einen Staat führen wie ein Unternehmen? Also nach Möglichkeit gewinnbringend oder zumindest kostendeckend?

Ein Staat ist kein Unternehmen. Unternehmen sind auf Gewinn aus, müssen profitabel sein. Das ist das Zeichen ihres Erfolgs und Bedingung für ihre Nachhaltigkeit. Sonst gehen sie bankrott und verschwinden. Staaten müssen bestimmte Leistungen erbringen – Rechtspflege, Sicherheit, Verteidigung, soziale Grundsicherung, bestimmte öffentliche Dienste, die privat nicht angeboten werden können –, ob das nun profitabel ist oder nicht. Deshalb finanzieren sie sich nicht aus Gewinnen, sondern mit Steuern. Das kann aber zum Meer ohne Ufer werden. Deshalb müssen Staaten – Regierungen, Bürokratien – genau kontrolliert werden und ihre Tätigkeit ist durch Gesetze einzuschränken. Der Rechtsstaat ist dafür die Grundlage. Dauernde Rechtsverletzungen, wie in den letzten Jahren bei der Euro-Rettungspolitik, können nur in den Abgrund führen. Während unprofitable Unternehmen bankrottgehen, halten sich Staaten, die über ihre Verhältnisse leben, über Wasser, indem sie ihre Bürger steuerlich schröpfen oder, um ihre Schulden loszuwerden, das Geld durch Aufblähung der Geldmenge, auch Inflation genannt, schließlich entwerten – auf Kosten der Bürger, der Sparer natürlich. Wir sind gerade dabei, das in einem Prozess von noch nie dagewesenen Ausmaßen zu erleben. Die gewaltige Ausweitung der Geldmenge zeigt sich im Moment nicht so sehr im Anstieg der Konsumgüterpreise, wohl aber in den Null- und Negativzinsen, den dadurch bewirkten Verzerrungen der Märkte mit ihren gefährlichen Nebenwirkungen und den weltweit ansteigenden Preisen der Vermögenswerte (Aktien und Immobilien). Das bittere Ende dieser Politik, von dem niemand weiß, wann es kommen wird, steht uns jedenfalls noch bevor.

„Das Bekommen setzt ein Geben voraus und deshalb erscheint es auch logisch, dass Sozialleistungen erst nach einer gewissen Zeit bezogen werden können.“

„Das Misstrauen gegenüber Immigranten und das Gefühl, selber zu kurz zu kommen, wachsen. Das ist gefährlich, verursacht Fremdenfeindlichkeit und Verdrängungsangst.“

Wichtig ist also auch das Selbstverständnis eines Staats, sich nicht als Unternehmen zu verstehen?

Staaten sollten sich zwar nicht als Unternehmen, wohl aber als Dienstleister verstehen. Beamte sind nicht höhere Wesen, die ihren Mitbürgern Wohltaten verteilen, sondern „Angestellte“ oder Beauftragte der Bürger, die mit ihrem Geld – Steuergeld – wirtschaften und jene Leistungen zu erbringen haben, die zu erbringen sie aufgrund des Gesetzes verpflichtet sind. Dabei sollten Beamte – ja alle Staatsangestellten – nie vergessen, dass sie selber gar keine Steuern zahlen, weil sie ja ihre, letztlich fiktiven, Steuern wiederum aus Steuergeldern und nicht aus erwirtschaftetem Mehrwert entrichten. Bürokratie ist nötig. Aber man muss ihr genau auf die Finger schauen, weil sie sonst, anstatt zu dienen, zu herrschen beginnt. Profitabel müssten nur Staatsunternehmen sein. Die sollte es aber gar nicht geben, denn staatliche Unternehmen sind prinzipiell weniger profitabel und innovativ als private und befinden sich zudem oft noch in einer gesetzlich geschützten Monopolstellung und begünstigen Klientelismus, also eine Art „struktureller Korruption“. Aus all diesen Gründen sind sie schädlich für die allgemeine Wohlfahrt – nicht absolut, aber verglichen mit den besseren und vor allem billigeren, weil auf Profitabilität achtenden Alternativen.

Ist die Sozialpartnerschaft ein Symptom von Harmoniesucht?

Man preist die Sozialpartnerschaft als eine Bedingung für den sozialen Frieden. Man übersieht dabei, dass das ein verräterischer Euphemismus ist. Die Formulierung beinhaltet nämlich: Ohne Sozialpartnerschaft hätten wir Krieg. Also ist sie ein Waffenstillstand in einem Zustand der Belagerung – oder eine Art Dauererpressung der Arbeitgeber durch die organisierte Arbeitnehmerschaft. Ich halte aus diesem Grund die Rechtfertigung der Sozialpartnerschaft mit dem „sozialen Frieden“ für eine sehr unglückliche Ausdrucksweise. Ich glaube, es gibt in Wirklichkeit zwei Arten von Sozialpartnerschaft: erstens eine erzwungene, mit verpflichtenden Kollektivverträgen und gesetzlich verpflichtender Mitgliedschaft in den entsprechenden Arbeitsmarktparteien. Ich halte sie für problematisch. Sie führt zu einem Frieden, der eher einem Waffenstillstand gleicht. Zweitens gibt es die auf Freiwilligkeit, also auf der Einsicht beruhende Form der Sozialpartnerschaft, dass man sich gegenseitig braucht – dass zufriedene Arbeitnehmer auch für den Arbeitgeber, das Betriebsklima und damit für die Produktivität eines Unternehmens das Beste sind. Und damit auch am meisten zum Erfolg eines Unternehmens beitragen und man sich deshalb hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Löhnen zusammenraufen sollte. Ein wenig Druck „von unten“,

gepaart mit Realitätssinn, kann auf betrieblicher Ebene sicher helfen, knausrigen Arbeitgebern auf die Sprünge zu helfen. Die Arbeitnehmerseite sollte sich aber auch vermehrt bewusst sein, was sie dem Unternehmertum eigentlich verdankt. Dass nämlich ohne das „Kapital“ und innovative Unternehmer die Arbeitskraft eines jeden Einzelnen weitgehend wertlos und unproduktiv wäre und deshalb auch kaum einen Lohn einbringen würde.

Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut. Wollen Sie das damit sagen?

Vorstellungen von angeblicher „Ausbeutung“, die letztlich aus der marxistischen Ideenküche kommen, sollten wir endlich aufgeben und sehen, dass der Mehrwert vor allem vom Kapital und vom innovativen Unternehmertum geschaffen wird und der Arbeitnehmer derjenige ist, der am meisten davon profitiert – auch von der auf diese Weise unvermeidlich entstehenden Einkommens- und Vermögensungleichheit. Wir sollten nicht so sehr auf Gleichheit schauen, sondern auf den Massenwohlstand, der gerade durch die Ungleichheit, nämlich zunehmende Kapitalakkumulation, ermöglicht wurde und weiterhin ermöglicht wird. Viele Menschen werden durch puren Neid davon abgehalten, zu erkennen, dass sie selbst die größten Nutznießer der Ungleichheit sind – die einzige Alternative ist nämlich gleiche Armut für alle. Schweden hat den Irrtum einer extrem starken Besteuerung hoher Vermögen, die schließlich zur Kapitalflucht, zum wirtschaftlichen Stillstand und zum Zusammenbruch des dortigen Wohlfahrtsstaats führte, in den 1990er-Jahren rückgängig gemacht, die Vermögens- und Erbschaftssteuern abgeschafft. Schweden zählt heute zusammen mit den USA zu den Ländern mit der größten Vermögensungleichheit, ist aber wirtschaftlich wieder erfolgreich geworden.

Was halten Sie von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Ich halte die Forderung für stark ideologisch geprägt und wenig durchdacht. Sie ist sowohl aus ökonomischen wie auch aus anthropologischen Gründen falsch. Experimente, die zurzeit beispielsweise in Finnland im Gange sind, halte ich für nicht aussagekräftig, weil sie nur eine kleine Gruppe betreffen, die von der Gesamtheit finanziert wird, hier also eine große Mehrheit für eine kleine Minderheit ein „Grundeinkommen“ erwirtschaftet. Die Idee des Grundeinkommens impliziert aber, dass die gesamte Bevölkerung ein solches erhält. Wer soll es erwirtschaften? Die Europäische Zentralbank mit der Druckerpresse? Zudem können in solchen Experimenten die Anreize nicht realistisch abgebildet werden. Denn diese Experimente werden nicht mit „Normalbürgern“ gemacht, sondern mit solchen, die ohnehin keine Arbeit haben – andere werden sich wohl kaum dazu hergeben. Auch das ist also völlig unrealistisch und ungeeignet, um signifikante Ergebnisse und Einsichten zu gewinnen.

Ein Grund für die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist ja die Angst davor, dass durch die Digitalisierung sehr schnell viele Jobs verschwinden könnten.

Ja, viele denken, uns gehe wegen der zunehmenden Automatisierung und Roboterisierung die Arbeit aus – die bezahlte Arbeit wohlverstanden. Sie denken, wir werden in einer Gesellschaft leben, in der es keine Jobs mehr gibt, die meisten Menschen also keine bezahlte Arbeit mehr finden werden. Wer so denkt, liegt meiner Meinung nach ökonomisch falsch. Er ist Pessimist und die Pessimisten sind in dieser Hinsicht von der Geschichte immer Lügen gestraft worden. Die zunehmende Roboterisierung wird uns wohlhabender machen, wir werden zwar weniger arbeiten, aber unsere Arbeit wird an Produktivität gewinnen und das heißt: Wir werden wohlhabender sein. Dank Robotertechnik und künstlicher Intelligenz wird es viel mehr Kleinunternehmer geben können. So wird etwa eine einzelne Person mithilfe roboterisierter Produktionsprozesse beispielsweise eine Schuhfabrik aufbauen und führen können – und dafür nur ein einziges Zimmer benötigen. Das existiert heute schon. Wir können uns aber nicht vorstellen, was uns die Zukunft noch alles an technologischen Neuerungen bringen wird und wie die Menschen dann leben werden. Genauso wenig, wie sich Menschen, die vor 100 Jahren gelebt haben, unser heutiges Leben vorstellen konnten. Einige hatten die gleichen Ängste, doch es kam ganz anders. Technischer Fortschritt schafft neue Bedürfnisse, neue Arbeit und vor allem mehr Wohlstand – er schafft Wohlstand und Arbeit, die es heute noch nicht gibt und die unsere Fantasie sich nicht auszumaalen imstande ist.

Martin Rhonheimer ist Universitätsprofessor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom. Er ist Gründungspräsident des Austrian Institute of Economics and Social Philosophy mit Sitz in Wien, Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und der Künste und Autor zahlreicher Bücher (z.B. "Christentum und säkularer Staat. Geschichte – Gegenwart – Zukunft"), die in mehrere Sprachen übersetzt wurden. Er ist regelmäßiger Gastautor der NZZ. Gegenwärtig lebt er in Wien.

Im Gespräch

Franz Schellhorn



Für Franz Schellhorn ist der Wohlfahrtsstaat nach wie vor zeitgemäß und wird seiner Meinung nach im Übergang zur digitalen Wissensgesellschaft eine noch größere Rolle spielen. Entscheidend sei aber, dass der Wohlfahrtsstaat die Brücke in ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben bildet, sodass möglichst viele in den allgemeinen Topf einzahlen können.

Ist der Wohlfahrtsstaat, wie er in Ländern wie etwa Österreich, Deutschland und Skandinavien seit Jahrzehnten etabliert ist, noch zeitgemäß, leistbar und auf Dauer aufrechtzuerhalten?

Der Wohlfahrtsstaat ist mit Sicherheit noch zeitgemäß. Er hat in Österreich dafür gesorgt, dass die Verteilung der Einkommen trotz der Krise relativ stabil geblieben ist. Mir ist es in diesem Zusammenhang auch ein Rätsel, warum die Verfechter des Wohlfahrtsstaats das nicht stärker bewerben. Stattdessen behaupten sie, dass die Armen immer ärmer würden, dass gute Bildung in Österreich vererbt wird und sozialer Aufstieg kaum noch möglich sei. Das alles würde heißen, dass der Wohlfahrtsstaat nicht wirkt. Dabei ist ihm nur eines vorzuwerfen: Dass der Wohlfahrtsstaat immer mehr Nettoempfänger schafft – und nicht immer mehr Nettozahler. Ziel muss ja sein, dass möglichst viele Menschen selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben, nicht möglichst wenige. Wir müssen also damit aufhören, permanent neue Sozialleistungen ins Leben zu rufen. Wir sollten uns auch stärker an Schweden orientieren – dort wurde der Wohlfahrtsstaat auf ein vernünftiges Maß reduziert.

„Der Wohlfahrtsstaat ist mit Sicherheit noch zeitgemäß. Er hat in Österreich dafür gesorgt, dass die Verteilung der Einkommen trotz der Krise relativ stabil geblieben ist.“

Was könnten wir uns denn von Schweden abschauen?

Zum Beispiel das Pensionssystem. In Schweden wird die steigende Lebenserwartung berücksichtigt, dementsprechend länger wird gearbeitet. Das Pensionssystem ist finanziell abgesichert, die Steuern und Abgaben liegen auf dem österreichischen Niveau, die Staatsschulden aber sind halb so hoch. Weil die Schweden ihren Sozialstaat zukunftsfit gemacht haben. Sie haben erkannt, dass sehr hohe Staatsschulden nicht die Lösung, sondern ein Problem sind. In guten Jahren werden Budget-Überschüsse erwirtschaftet, die zur Rückzahlung von Schulden verwendet werden – jener Schulden, die in wirtschaftlich schlechten Jahren angefallen sind. In Österreich werden in guter wie in schlechter Konjunktur Schulden gemacht. Seit mittlerweile 55 Jahren ist der Bundeshaushalt ohne Unterbrechung im Minus.

Welche demografischen, soziologischen oder psychologischen Argumente sprechen grundsätzlich für einen Wohlfahrtsstaat? Anders gefragt: Warum brauchen wir ihn?

Der Wohlfahrtsstaat wird im Übergang zur digitalen Wissensgesellschaft eine noch größere Rolle spielen. Nicht alle werden mithalten können, es wird Verlierer geben – und diese Menschen muss der Wohlfahrtsstaat auffangen. Zudem ist die Idee, jenen Menschen zu helfen, die auf die Hilfe anderer

„Ziel muss ja sein, dass möglichst viele Menschen selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben, nicht möglichst wenige. Wir müssen also damit aufhören, permanent neue Sozialleistungen ins Leben zu rufen.“

„Der Wohlfahrtsstaat wird im Übergang zur digitalen Wissensgesellschaft eine noch größere Rolle spielen. Nicht alle werden mithalten können, es wird Verlierer geben – und diese Menschen muss der Wohlfahrtsstaat auffangen.“

angewiesen sind, eine richtige. Dasselbe gilt für das Ziel, ungleiche Startchancen zu korrigieren. Wenn jemand das Pech hat, im falschen Wiener Bezirk zur Welt zu kommen, sollte das nicht das Ende der Erwerbskarriere bedeuten. Was derzeit übrigens der Fall ist. Das scheint die Sozialpolitiker aber nicht sonderlich zu kümmern. Statt die Unzulänglichkeiten im öffentlichen Bildungssystem anzusprechen, fordern sie lieber Vermögenssteuern. Das ändert aber an der katastrophalen Situation der betroffenen Schüler nichts. Vermögenssteuern scheinen aber das neue Allheilmittel zu sein: Ob Pflege, Entlastung des Faktors Arbeit oder Bildung, jedes Problem scheint sich mit Substanzsteuern lösen zu lassen.

Was sind denn die Voraussetzungen dafür, dass ein Wohlfahrtsstaat funktioniert? Dass also alle damit zufrieden sind und sich niemand benachteiligt fühlt.

Es werden nie alle zufrieden sein. Entscheidend ist, dass der Wohlfahrtsstaat die Brücke in ein eigenständiges Leben bildet. Dass möglichst viele Menschen leistungsfähig werden, um in die allgemeinen Töpfe einzuzahlen, damit genug Geld für jene da ist, die zwar wollen, aber nicht mehr können. Derzeit ist es allerdings so, dass zu viele Anreize für jene Menschen gesetzt werden, die eigentlich noch könnten. Aber nicht mehr wollen. Man denke nur an das frühe Pensionsantrittsalter: Wir gehen immer noch im selben Alter in Pension wie zu Beginn der 1970er-Jahre, seither ist aber die Lebenserwartung um rund elf Jahre gestiegen. Man muss kein Versicherungsmathematiker sein, um zu wissen, wo das zentrale Problem liegt.

Welche Erwartungen hat die Bevölkerung an einen Wohlfahrtsstaat? Und wie haben sich diese Erwartungen in den vergangenen Jahren verändert?

Die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat sind in jedem Fall viel zu hoch. Die Bürger erwarten sich eine Rundumversicherung, nicht nur eine Absicherung vor größter Armut. Besonders gut sieht man das an der Pensionsdebatte. Ziel ist nicht, mit der Pension den Lebensstandard zu halten, sondern nicht in die Altersarmut abzurutschen. Hier hat sich viel verschoben, auch weil die Verfechter des Wohlfahrtsstaats die Leistungen immer weiter ausbauen. Aber ist es sozial, dass Gutverdiener einen Gratis-Kindergartenplatz für ihren Nachwuchs bekommen? Ist es sozial, junge Menschen, die noch keine Betreuungspflichten haben, in AMS-Weiterbildungskurse zu stecken, statt sie dazu aufzufordern, in einem weiter entfernten Bundesland einen freien Job anzunehmen? Leistungen des Wohlfahrtsstaats definieren sich aus einer Bedürftigkeit heraus. Nicht daraus, was man glaubt, dass einem zusteht.

Kommen wir zur Migration, dem dominierenden innenpolitischen Thema der vergangenen Jahre. Welche Herausforderung stellt sie für den Wohlfahrtsstaat dar?

Eine große. Es ist kein Zufall, dass die meisten Flüchtlinge und Migranten nach Schweden, Deutschland und Österreich wollten. Das liegt nicht an den klaren Seen, sondern an der guten wirtschaftlichen Lage sowie den finanziellen Anreizen. Hinzu kommt, dass vor allem schlecht Qualifizierte auf den Arbeitsmarkt zuwandern und nicht – wie in den klassischen Zuwanderungsländern – hoch Qualifizierte aus aller Welt. Das ist auch der erklärte politische Wille. Ganz nach dem Motto eines früheren Bundeskanzlers: Fachkräfte brauchen wir nicht, die haben wir schließlich selber.

Welche historischen Erfahrungen hat man mit dem Einfluss bzw. mit den Folgen von Migration auf den Wohlfahrtsstaat gemacht? Positive? Negative?

Sowohl als auch. Es hängt alles davon ab, wie schnell Zuwandernde auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass Wohlfahrtsstaaten nur mit kontrollierter Zuwanderung funktionieren. Und damit, dass auch die Österreicher nicht dauerhaft mehr Geld aus den Sozialsystemen entnehmen können, als sie in selbige einzahlen.

Unterscheiden sich die Erwartungen von Migranten an den Wohlfahrtsstaat von jenen der Mehrheitsbevölkerung? Zum Beispiel in Österreich?

Das lässt sich pauschal so nicht beantworten. Aber es ist natürlich klar, dass eine Mindestsicherung inklusive Sachleistungen im Gegenwert von 25.000 bis 30.000 Euro netto in Wien für eine Familie mit drei Kindern sehr viel Geld ist. Das gilt für Migranten genauso wie für die österreichische Bevölkerung. Wenn ein Alleinverdiener so viel Geld am Arbeitsmarkt verdient, liegt das Markteinkommen bei 45.000 bis 50.000 Euro. Das muss man erst einmal verdienen. Soll heißen: Der Anreiz, einen Job anzunehmen, der mit einer deutlichen Reduktion des Einkommens einhergeht, ist nicht sehr groß. In der Ökonomie spricht man von einer Inaktivitätsfalle. Aufgestellt wurde sie vom Staat, nicht von den Empfängern, letztere handeln nur rational.

Was halten Sie von dem Vorschlag, wonach Migranten erst dann dieselben Ansprüche wie die Mehrheitsbevölkerung auf Sozialleistungen haben, wenn sie einige Jahre in diesem Wohlfahrtsstaat gelebt und darin eingezahlt haben?

Das ist vor allem eine rechtliche Frage. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass es Österreich gelingen muss, verstärkt hochtalentiertere Migranten anzuziehen. Das müsste ja möglich sein, immerhin wird Wien ja immer wieder zu den lebenswertesten Städten der Welt gekürt.

„Entscheidend ist, dass der Wohlfahrtsstaat die Brücke in ein eigenständiges Leben bildet. Dass möglichst viele Menschen leistungsfähig werden, um in die allgemeinen Töpfe einzuzahlen, damit genug Geld für jene da ist, die zwar wollen, aber nicht mehr können.“

„Die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat sind in jedem Fall viel zu hoch. Die Bürger erwarten sich eine Rundumversicherung, nicht nur eine Absicherung vor größter Armut.“

Blicken wir in die Zukunft. In welche Richtung wird sich der Wohlfahrtsstaat in Europa entwickeln? Welche denkbaren Szenarien gibt es?

Er wird in ganz Europa weiter ausgebaut werden, vor allem wegen der grassierenden Ängste rund um das Thema Digitalisierung. Das Problem ist nur, dass wir schon sehr viel Geld für die Einhaltung unsinniger politischer Versprechungen aus der Vergangenheit ausgegeben haben. Wir gehen seit Jahrzehnten auf Kosten der nachfolgenden Generation viel zu früh in Pension. Die alles entscheidende Frage wird also sein, ob diese nachfolgenden Generationen in der Lage sein werden, die stark steigenden Kosten des Sozialstaats zu schultern. Oder ob es so sein wird, dass sie im Zuge der Digitalisierung auf den hohen sozialen Kosten sitzenbleiben, während die Wertschöpfung andernorts anfällt.

Gibt es Best-Practice-Beispiele für Wohlfahrtsstaaten, die mit den Herausforderungen der Gegenwart oder Vergangenheit besonders gut umgehen?

Ja, Schweden. Das Hochsteuerland hat heute wie gesagt mit derselben Steuer- und Abgabenquote wie Österreich halb so hohe Staatsschulden. Das liegt vor allem daran, dass in guten Jahren Überschüsse anfallen, die nicht für neue Wahlgeschenke genützt werden, sondern zur Rückzahlung der Schulden. Die Schweden haben ihre Staatsfinanzierungskrise in den 1990er-Jahren dazu genutzt, den Wohlfahrtsstaat grundlegend zu sanieren. So wurde die Höhe der Pension an die Lebenserwartung gekoppelt (sogenannte Pensionsautomatik). Jeder Schwede weiß mit einem Blick, wie viel Geld auf seinem staatlichen Pensionskonto liegt und wie hoch die Rente wäre, wenn sie demnächst angetreten werden würde. Die Bürger entscheiden, ob ihnen das reicht oder ob sie noch länger arbeiten sollten. In Sachen Digitalisierung zählen die Skandinavier übrigens zu den Vorbildern.

Kann man eigentlich einen Staat führen wie ein Unternehmen? Also nach Möglichkeit gewinnbringend oder zumindest kostendeckend?

Was auf jeden Fall möglich ist: den Staat so zu führen, dass zumindest in wirtschaftlich guten Jahren weniger Geld ausgegeben als eingenommen wird. Damit jene Schulden zurückgezahlt werden können, die in wirtschaftlich schlechten Jahren anfallen. Deutschland zeigt das sehr gut. Das Land hat noch immer hohe Kosten der Wiedervereinigung zu tragen, erwirtschaftet aber mit einer Steuer- und Abgabenquote von 40 Prozent Überschüsse, während Österreich mit 43 Prozent Defizite schreibt. Deutschland wird nicht wie ein Unternehmen geführt – sondern wie ein verantwortungsvoller Staatshaushalt eben zu führen ist.

Ist die Sozialpartnerschaft ein Symptom von Harmoniesucht?

Sie hatte im Nachkriegsösterreich große Verdienste, heute ist sie zum Selbstzweck geworden. Andernfalls bräuchte es im Jahr 2017 auch keine verpflichtende Mitgliedschaft in den Kammern. Das ist auch der Grund, warum AK und WKÖ auf europäischer Ebene nicht in den Kreis der Sozialpartner aufgenommen werden, sondern ÖGB und IV, die auf freiwilliger Mitgliedschaft gründen.

Was halten Sie von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Ich stehe der Idee grundsätzlich positiv gegenüber. Vor allem dann, wenn es an die Stelle der großen Sozialbürokratie tritt. Was mich aber stört, ist, dass auch Leistungsfähige in den Genuss eines Grundeinkommens kommen. Das ist nicht gerade das, was ich unter sozial verstehe. Aus meiner Sicht ist es die Pflicht aller Leistungsfähigen, in den allgemeinen Topf einzuzahlen und nichts zu entnehmen. Hinzu kommt, dass ein Grundeinkommen innerhalb der EU nicht zu machen ist. Stellen wir uns nur einmal vor, Österreich würde so etwas einführen – das löste eine kleine Völkerwanderung aus. Selbst, wenn man vor der Auszahlung einige Jahre im Land gelebt haben müsste.

„Leistungen des Wohlfahrtsstaats definieren sich aus einer Bedürftigkeit heraus. Nicht daraus, was man glaubt, dass einem zusteht.“

„Wir gehen seit Jahrzehnten auf Kosten der nachfolgenden Generation viel zu früh in Pension. Die alles entscheidende Frage wird also sein, ob diese nachfolgenden Generationen in der Lage sein werden, die stark steigenden Kosten des Sozialstaats zu schultern.“

Franz Schellhorn ist seit 2013 Direktor der Agenda Austria, einem unabhängigen Thinktank, der sich mit wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Themen befasst. Vorher leitete er acht Jahre lang das Wirtschaftsressort der Tageszeitung „Die Presse“.

Demetrios G. Papademetriou



Demetrios G. Papademetriou betont, dass die absoluten Notwendigkeiten für das künftige Funktionieren des Wohlfahrtsstaats ein solider Arbeitsmarkt und eine niedrige Arbeitslosenrate sind. Er hebt hervor, dass Migration sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance für den Wohlfahrtsstaat ist, und zwar dann, wenn das Aufnahmeland seine Erwartungen deutlich formuliert und konsequent einfordert.

Ist der Wohlfahrtsstaat, wie er etwa in Österreich, Deutschland und Skandinavien seit Jahrzehnten etabliert ist, noch zeitgemäß, leistbar und auf Dauer aufrechtzuerhalten?

Das sind ganz unterschiedliche Fragestellungen. Der starke politische Wille und die Verpflichtung zu einem Wohlfahrtsstaat für alle, wie es ihn in diesen sowie den meisten europäischen Staaten gibt, war der Grundstein für den sogenannten Gesellschaftsvertrag, auf den sich die Länder im Nachkriegseuropa gegründet haben. Die Aufgabe der Sozialpartner ist es, diesen Gesellschaftsvertrag aufrechtzuerhalten, weil er der europäischen Sozialdemokratie zugrunde liegt. Die viel schwierigere Frage ist aber, ob sich die Staaten die heutigen Sozialhilfeleistungen auch in zehn oder 20 Jahren leisten werden können – und zwar ohne beträchtliche Änderungen bei der Finanzierung oder bei den Leistungen, die gewährt werden.

Und können sie sich das leisten? Was sind denn die Voraussetzungen dafür, dass der Wohlfahrtsstaat auch in zehn und 20 Jahren noch funktioniert?

Die Voraussetzungen sind allgemein bekannt, aber dennoch ist es nicht immer einfach, sie auch zu erfüllen. In erster Linie ist es notwendig, dass jeder seinen Beitrag leistet – daher sind ein solider Arbeitsmarkt und eine niedrige Arbeitslosenrate absolute Notwendigkeiten, während der Feind jedes

„In erster Linie ist es notwendig, dass jeder seinen Beitrag leistet – daher sind ein solider Arbeitsmarkt und eine niedrige Arbeitslosenrate absolute Notwendigkeiten, während der Feind jedes Wohlfahrtsstaats die Schattenwirtschaft ist.“

Wohlfahrtsstaats die Schattenwirtschaft ist. Auch die Verpflichtung, lebenslanges Lernen und Ausbildung zu ermöglichen – und zwar vonseiten des Staats ebenso wie vonseiten der Arbeitgeber –, ist ein Schlüsselement. Zudem wäre ein späteres Pensionsantrittsalter erforderlich, als Anpassung an die höhere Lebenserwartung – was politisch allerdings äußerst schwierig durchzusetzen ist. Arbeitgeber müssten durch Produktivitätssteigerung weiterhin wettbewerbsfähig bleiben und dafür braucht es natürlich eine konstante Zahl an Arbeitskräften, von denen viele zweifelsohne aus dem Ausland kommen werden.

Welche demografischen, soziologischen, psychologischen Argumente sprechen grundsätzlich für einen Wohlfahrtsstaat? Warum brauchen wir ihn?

Der Wohlfahrtsstaat ist der Kitt, der die europäischen Sozialdemokratien zusammenhält. Wie das bei allen Verträgen so ist, wissen die Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat sich zu ihrem Schutz verpflichtet hat – und zwar indem er notwendige und – noch wichtiger – auch erwartete Leistungen zur Verfügung stellt. Auf der anderen Seite weiß auch der Staat, dass die Vertragsbedingungen nur nach einer Befragung seiner Bürger geändert werden können. Die Bürger erwarten sich beispielsweise, dass der Staat günstigen Wohnraum, gratis Bildung, unterschiedliche Arten von Gesundheits- und

„Auch die Verpflichtung, lebenslanges Lernen und Ausbildung zu ermöglichen – und zwar vonseiten des Staats ebenso wie vonseiten der Arbeitgeber –, ist ein Schlüsselement.“

„Arbeitgeber müssten durch Produktivitätssteigerung weiterhin wettbewerbsfähig bleiben, und dafür braucht es natürlich eine konstante Zahl an Arbeitskräften, von denen viele zweifelsohne aus dem Ausland kommen werden.“

Sozialversicherungen am und außerhalb des Arbeitsplatzes sowie Kurse zum (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt. Zudem erwarten sie sich, dass es eine umfassende Arbeitslosenunterstützung – auch für Langzeitarbeitslose – ebenso gibt wie großzügigen Urlaubsanspruch, um den man in Europa im Übrigen vom Rest der Welt beneidet wird. Und eine stabile Altersversorgung, die einen zumindest würdigen, in vielen Fällen sogar äußerst komfortablen Lebensabend ermöglicht. Durch diese Palette an staatlichen Leistungen stehen dem Arbeitsmarkt gesunde und „produktive“, motivierte Arbeitskräfte zur Verfügung, die notwendig sind, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das „Problem“ dabei ist jedoch, dass die europäischen Gesellschaften immer älter werden – und da seit mehr als einer Generation die Geburtenrate deutlich unter der Reproduktionsrate liegt, gibt es immer weniger Arbeitskräfte. Dadurch gibt es natürlich auch immer weniger Steuerzahler, die für die Erhaltung des Wohlfahrtsstaats notwendig wären. Selbstverständlich gibt es diese Probleme nicht in allen europäischen Staaten: In Österreich und Deutschland ist die Situation viel gravierender als in Skandinavien. Speziell in Schweden und Norwegen liegt die Geburtenrate ein wenig über zwei, also sehr nah an der Reproduktionsrate.

Welche Erwartungen hat die Bevölkerung an einen Wohlfahrtsstaat? Haben sich diese Erwartungen in den letzten Jahren geändert?

Die Erwartungen sind eigentlich ganz klar: Die Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass die Leistungen und der Schutz erhalten bleiben. Punkt. Angesichts der explodierenden Kosten aufgrund der höheren Lebenserwartung und des steigenden Zustroms von Flüchtlingen und Migranten lautet die politische Frage jedoch, ob und wie der Staat sein Versprechen gegenüber der Bevölkerung halten und diese Leistungen auch weiterhin zur Verfügung stellen kann.

Weil Sie die Migration erwähnt haben. Welche Herausforderung stellt sie für den Wohlfahrtsstaat dar?

Migration ist sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung für den Wohlfahrtsstaat. Es kommt stark auf die politische Herangehensweise an. In erster Linie hängt viel von der Zusammensetzung der Migrationsströme ab: Kommen viele Schlüsselarbeitskräfte, die von den Arbeitgebern „eingeladen“ wurden, weil ihre Fähigkeiten auf dem heimischen Arbeitsmarkt fehlen und sie hier eine Lücke füllen können? Wenn das der Fall ist, dann kann Migration eine große Chance für den Wohlfahrtsstaat sein. Kommen mehrheitlich junge Migranten, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sie die Sprache schneller lernen, eine Ausbildung abschließen und die soziokulturellen und wirtschaftlichen Werte der

Aufnahmegesellschaft rasch annehmen und verinnerlichen. Somit können sie im Sinne der Wohlfahrtsstaaten schnell zu „vollwertigen“ Beitragszahlern werden. Ganz anders gelagert ist die Situation jedoch, je spontaner die Migrations- und Fluchtbewegungen sind, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Dann wird Migration schnell zur Glückssache, wo die Herausforderungen die Chancen bei Weitem überwiegen, zumindest eine Zeit lang. Und die Kosten für die Beibehaltung des Wohlfahrtsstaats sind oftmals die Ursache von Problemen und Herausforderungen. Längerfristig kann aber auch eine nicht kontrollierte Migration, etwa durch Familienzusammenführung oder spontane Fluchtbewegungen, eine Chance sein. Dann nämlich, wenn Integration gelingt und die neu Ankommenden die Werte der Aufnahmegesellschaft respektieren, rasch Arbeit finden und so selbst einen Beitrag zum Wohlfahrtsstaat leisten. Für wohlhabende Aufnahmestaaten, die früh genug erheblich in gelungene Integration investieren und hier erfolgreich sind, können zumindest langfristig gesehen mehr Vorteile und Chancen durch Migration entstehen als Kosten.

Unterscheiden sich eigentlich die Erwartungen von Migranten an den Wohlfahrtsstaat von jenen der Mehrheitsbevölkerung? Zum Beispiel in Österreich?

Das hängt voll und ganz von der Zusammensetzung der Migranten, ihrer Anzahl und den Umständen ihrer Einreise ab. Und vom Erfolg der Integrationsbemühungen – insbesondere davon, wie deutlich die Mehrheitsgesellschaft ihre Erwartungen an die Einwanderer artikuliert und wie sehr sie gewillt ist, ihre eigenen Regeln und Gesetze in Sachen Sozialleistungen durchzusetzen. Es ist sehr gut möglich, dass manche Migranten gar nicht so genau wissen, welche konkreten Sozialleistungen sie in einem bestimmten Land erwarten. Vor allem bei der spontanen Migration dürfte das der Fall sein – wenn Menschen also ohne nennenswerte familiäre Kontakte oder andere Netzwerke auswandern. Die meisten Migranten aber sind viel besser über die Sozialleistungen eines Landes informiert, als Aktivisten oft behaupten. In diesen Fällen sind der Reichtum eines Landes, die dortigen Berufsaussichten sowie der Zugang zu den Sozialleistungen sehr wohl ausschlaggebende Kriterien für den Zuzug in diesen Staat. Das liegt in der menschlichen Natur. Die Schlüsselfragen in diesem Szenario sind also: Wie deutlich formuliert das Aufnahmeland seine Erwartungen an die Einwanderer? Und wie konsequent fordert es die Einhaltung der Spielregeln seitens der Migranten ein? Die Erwartungen klar zu machen und gleichzeitig strikt, aber fair auf die Einhaltung gewisser Regeln zu pochen, ist in diesem Zusammenhang die ganz große Herausforderung.

„Für wohlhabende Aufnahmestaaten, die früh genug erheblich in gelungene Integration investieren und hier erfolgreich sind, können zumindest langfristig gesehen mehr Vorteile und Chancen durch Migration entstehen als Kosten.“

*„Die Schlüsselfragen in diesem Szenario sind also: Wie deutlich formuliert das Aufnahmeland seine Erwartungen an die Einwanderer? Und wie konsequent fordert es die Einhaltung der Spielregeln seitens der Migrant*innen?“*

*Was halten Sie von dem Vorschlag, wonach Migrant*innen erst dann dieselben Ansprüche wie die Mehrheitsbevölkerung auf Sozialleistungen haben, wenn sie einige Jahre in diesem Wohlfahrtsstaat gelebt und darin eingezahlt haben?*

Das kommt auf die Art der Migration und auf die – sowohl nationalen als auch EU-weiten – Gesetze an, die für die einzelnen Einwanderer gelten. EU-Ausländer beispielsweise haben jede Menge Rechte, gleichzeitig aber darf das Aufnahmeland entscheiden, ab wann und unter welchen Umständen sie Zugang zu speziellen Sozialleistungen bekommen. So gesehen ist jede Art von „Sozialleistungen-Shopping“ nicht nur die Folge einer Boshaftigkeit der Einwanderer, sondern im selben Ausmaß auch die Folge einer Inkonsequenz des Aufnahmelandes, die Einhaltung klar definierter Gesetze einzufordern. Konkrete und vernünftige Bedingungen für die Inanspruchnahme sämtlicher möglicher Sozialleistungen zu schaffen, sollte also kein unlösbares Problem sein – solange sie den Gesetzen entsprechen und den Einwanderern deutlich vermittelt werden. Denn am Ende des Tages trägt eine Regierung die Hauptverantwortung für ihre eigene Bevölkerung – selbstverständlich im Rahmen der geltenden Gesetze.

Blicken wir in die Zukunft. In welche Richtung wird sich der Wohlfahrtsstaat in Europa entwickeln? Welche denkbaren Szenarien gibt es?

Die Beiträge der arbeitenden Bevölkerung werden höher ausfallen. Jene, die in das System einwandern, werden ebenfalls so schnell wie möglich Beiträge zahlen. Zudem müssen mehr Kredite aufgenommen werden, um das System aufrechtzuerhalten. Was das Eintreiben der Beiträge angeht, wird es zu einem Umdenken kommen – vor allem beim Pensionssystem, wo neue Finanzierungsmodelle angedacht werden müssen. Die Menschen werden länger arbeiten und später in Pension gehen. Um die steigenden Sozialleistungen leistbar zu halten, werden neue Wege beschritten, etwa durch private Versicherungen, aber auch – zumindest langfristig – durch Anpassungen bzw. Kürzungen von Sozialleistungen. Das sind alles sehr schwierige Entscheidungen, die die Länder so lange wie möglich hinauszögern wollen. Aber sie immer weiter hinauszögern wird die Situation nur verschlimmern, sodass die Bevölkerung später noch höhere Beiträge zahlen muss, die Sozialleistungen noch stärker gekürzt werden müssen und die Staaten noch mehr Schulden aufnehmen werden. Letzteres geht für viele europäische Länder mit enormen Gefahren einher, was das Verhältnis der Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt angeht.

Fallen Ihnen Best-Practice-Beispiele für Wohlfahrtsstaaten ein, die mit den Herausforderungen der Gegenwart oder Vergangenheit besonders gut umgehen?

Ich glaube nicht, dass es solche Beispiele gibt. Nichtsdestotrotz haben einige Länder wichtige Schritte gesetzt, um die besagten schmerzhaften Entscheidungen hinauszuzögern. Deutschlands Reformen etwa Mitte der 2000er-Jahre, die sogenannten Hartz-Reformen. Oder Schwedens Reformen auf dem Bankensektor Anfang der 1990er-Jahre. Oder auf dem Gesundheitssektor durch die Einführung von Selbsthalten. Initiativen, die von vielen europäischen Ländern übernommen wurden, die dadurch beispielsweise das Pensionsantrittsalter erhöht oder Migrant*innen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht haben. Die schlechte Nachricht ist aber, dass noch viel mehr Maßnahmen notwendig sind – inklusive unterschiedlicher Anpassungen von Sozialleistungen, besonders im Pensionssystem. Die große Herausforderung für die Regierungen besteht darin, diese Maßnahmen umzusetzen, ohne den Wohlfahrtsstaat auszuhebeln und soziale Unruhen zu verursachen, im Zuge dessen werden gewisse Strömungen versuchen, manchen Gruppen wie etwa Migrant*innen den Zugang zum Wohlfahrtsstaat zu erschweren oder ganz zu verweigern. Ohne also das Gerüst zum Einsturz zu bringen, auf dem die soziale europäische Demokratie aufgebaut wurde.

Was halten Sie von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

In wirklich sehr reichen Kleinststaaten, in denen die Rechte und Pflichten eindeutig geklärt sind und auch eingehalten werden, mag ein bedingungsloses Grundeinkommen die richtige Entscheidung sein. Für Staaten und Regierungen aber, die in der wirklichen Welt leben und ständig mit komplexeren Problemen konfrontiert sind, ist es nicht gerade nachhaltig und weitsichtig, dass die meisten Anreize in eine falsche Richtung gehen. Und die menschliche Natur schlichtweg ignorieren. Solche Konzepte – wie vieles von dem, was ich schon gesagt habe – müssen in einem Kontext der wirklichen Welt verstanden werden, in dem Entscheidungen von Individuen – egal ob Politiker oder nicht – getroffen werden, die in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht nehmen und nicht auf jene der breiten Bevölkerung. Abgesehen davon: Die Konkurrenz durch Produkte und Dienstleistungen aus dem Ausland, hergestellt bzw. angeboten von viel härter arbeitenden Menschen mit einem enormen Hunger auf einen schnellstmöglichen sozialen Aufstieg, stellt mittelfristig die größte Herausforderung für die Wohlfahrtsstaaten in Europa dar.

„Migration ist sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung für den Wohlfahrtsstaat.“

Demetrios G. Papademetriou ist Mitbegründer und ehemaliger Präsident des Migration Policy Institute, einem der weltweit anerkanntesten Thinktanks, der sich mit Migration und Flüchtlingspolitik befasst. Der in Washington ansässige Thinktank hat zudem einen Sitz in Brüssel. Demetrios G. Papademetriou ist Mitbegründer des „Metropolis: An International Forum for Research and Policy on Migration and Cities“ und Autor von „Rebuilding after Crisis: Embedding Refugee Integration in Migration Management Systems“ und „Rethinking Emigration: Turning Challenges into Opportunities (Transatlantic Council Statement)“.

PERSPEKTIVEN INTEGRATION



01 / 2017

Heinz Faßmann
Saïda Keller-Messahli
Carla Amina Baghajati
Zekirija Sejdini
Karin Kneissl
Ahmad Mansour



04 / 2017

Jörg Baberowski
Franz Lang
Melike Yolsal
Peter Hajek
Reinhard Kreissl
Friedrich Kovar



07 / 2017

Wolfgang Mazal
Gottfried Haber
Barbara Kolm
Martin Rhonheimer
Franz Schellhorn
Demetrios G. Papademetriou



02 / 2017

Mouhanad Khorchide
Ednan Aslan
Lamya Kaddor
Evrin Ersan-Akkilic
Karin Kneissl
Zekirija Sejdini
Abdel-Hakim Ourghi
Jasmin El-Sonbati



05 / 2017

Emina Saric
Jasmin El-Sonbati
Karin Kneissl
Naila Chikhi
Waris Dirie
Sibel Öksüz
Elisabeth Tichy-Fisslberger



03 / 2017

Kenan Güngör
Berivan Aslan
Bırol Kiliç
Efgani Dönmez
Cengiz Günay
Nalan Gündüz



06 / 2017

Elham Manea
Ruud Koopmans
David Engels
Boualem Sansal
Gunnar Heinsohn
Necla Kelek
Magnus Norell
Rudolf Bretschneider
und Esther Pauli

Die Publikationsreihe „Perspektiven Integration“ präsentiert Einschätzungen von anerkannten Expert/innen, um eine fundierte Debatte über aktuelle Themen im Bereich Integration zu fördern. In der vorliegenden Ausgabe setzen sich sechs Expert/innen mit dem Thema „Sozialstaat. Herausforderungen in Zeiten steigender Mobilität“ auseinander.

***Im Gespräch mit Köksal Baltaci
(„Die Presse“)***

Wolfgang Mazal ist einer der bedeutendsten Sozialrechtsexperten Österreichs. Seit 2015 ist er Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien sowie seit 1999 Präsident und seit 2004 Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung der Universität Wien. Er ist Mitglied des Expertenrats für Integration im BMEIA. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen arbeits-, sozial- und medizinrechtliche Fragen sowie Fragen des familialen Lebens. Zudem ist er Herausgeber der Schriftenreihe „Recht der Medizin“.

Gottfried Haber ist einer der bedeutendsten Ökonomen Österreichs. Er ist Vizedekan der Fakultät für Gesundheit und Medizin sowie Leiter mehrerer Universitätsbereiche mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Gesundheit sowie Wirtschafts-, Budget- und Finanzpolitik an der Donau-Universität Krems. Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Modellierung ökonomischer Systeme. Zudem ist er Vizepräsident des Fiskalrates.

Barbara Kolm ist Präsidentin des Friedrich August v. Hayek Instituts, laut „2009 Global Go To Think Tanks Index Report“ der University of Pennsylvania, einem der renommiertesten Thinktanks weltweit, sowie Direktorin des Austrian Economics Center. Sie hält eine Gastprofessur an der Universität Podgorica und ist zudem selbstständige Unternehmensberaterin. Sie ist Herausgeberin des „Dictionary of Economic Terms“.

Martin Rhonheimer ist Universitätsprofessor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom. Er ist Gründungspräsident des Austrian Institute of Economics and Social Philosophy mit Sitz in Wien, Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und der Künste und Autor zahlreicher Bücher (z.B. „Christentum und säkularer Staat. Geschichte – Gegenwart – Zukunft“), die in mehrere Sprachen übersetzt wurden. Er ist regelmäßiger Gastautor der NZZ. Gegenwärtig lebt er in Wien.

Franz Schellhorn ist seit 2013 Direktor der Agenda Austria, einem unabhängigen Thinktank, der sich mit wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Themen befasst. Vorher leitete er acht Jahre lang das Wirtschaftsressort der Tageszeitung „Die Presse“.

Demetrios G. Papademetriou ist Mitbegründer und ehemaliger Präsident des Migration Policy Institute, einem der weltweit anerkanntesten Thinktanks, der sich mit Migration und Flüchtlingspolitik befasst. Der in Washington ansässige Thinktank hat zudem einen Sitz in Brüssel. Demetrios G. Papademetriou ist Mitbegründer des „Metropolis: An International Forum for Research and Policy on Migration and Cities“ und Autor von „Rebuilding after Crisis: Embedding Refugee Integration in Migration Management Systems“ und „Rethinking Emigration: Turning Challenges into Opportunities (Transatlantic Council Statement)“.